



Wortprotokoll der 32. Sitzung

Ausschuss für Menschenrechte und humanitäre Hilfe

Berlin, den 8. Mai 2019, 15:00 Uhr
10557 Berlin, Konrad-Adenauer-Str. 1
Paul-Löbe-Haus, Saal PLH E.400

Vorsitz: Gyde Jensen, MdB

Tagesordnung - Öffentliche Anhörung

Tagesordnungspunkt 1

Seite 10

Öffentliche Anhörung zum Thema:

Religionsfreiheit: Die menschenrechtliche Lage
religiöser Minderheiten in China



Geladene Sachverständige

Ulrich Delius

Gesellschaft für bedrohte Völker

Kelsang Gyaltsen

ehemaliger Sondergesandter des Dalai Lama in Europa

Dolkun Isa

Präsident des Weltkongresses der Uiguren

David Li

Mitarbeiter des China Organ Harvest Research Center

Wenzel Michalski

Direktor Human Rights Watch Deutschland

Prof. Dr. Frank N. Pieke

Mercator Institute for China Studies

Prof. Dr. Helwig Schmidt-Glintzer

China Centrum Tübingen (CCT)



Fragenkatalog der Fraktionen

1. Zum Verhältnis von Religion und Politik in China

1. Welche Bedeutung hat Religionsfreiheit historisch und was sind die Ursachen für die Stellung von Religionen in China heute? (CDU/CSU)
2. Inwieweit stellen religiöse Glaubensgemeinschaften aus Sicht der KP China eine Herausforderung für ihren Machtanspruch dar und wie schätzen Sie deren tatsächliche Ressourcen dazu ein? (SPD)

2. Die Politik der chinesischen Regierung und die Haltung der chinesischen Gesellschaft gegenüber religiösen Minderheiten

3. Welche Informationen können Sie dem Ausschuss zu Umerziehungslagern der chinesischen Zentralregierung geben, insbesondere hinsichtlich der Anzahl der Lager sowie der internierten Personen, der Vorwürfe unter deren Zuhilfenahme Internierungen stattfinden, möglicher Rechtsmittel und der Haftbedingungen? (FDP)
4. Seit 20 Jahren gibt es den Vorwurf der systematischen erzwungenen Organentnahme bei Gewissensgefangenen in chinesischen Straflagern. Es gab groß angelegte Studien und Berichte, insbesondere seit dem Jahr 2006. Wie ist die Beweislage jetzt, und kann man, jenseits des begründeten Zweifels, davon ausgehen, dass die Vorwürfe an die chinesischen Behörden stimmen? (AfD)
5. Warum vollzog die kommunistische Regierung im Jahr 1999 eine Kehrtwende bezüglich Falun Gong? Warum gab es zuvor eine öffentlich artikulierte Förderung der Bewegung und mit dem Aufruf von Jiang Zemin „Zerstört ihren Ruf, ruiniert sie finanziell und vernichtet sie physisch!“ den radikalen Wechsel? (AfD)
6. Werden Einzelpersonen, die sich für religiöse Minderheiten in China, wie die Uiguren, einsetzen, außerhalb der Volksrepublik China überwacht, verfolgt und/oder eingeschüchtert? Und wenn ja, inwieweit? (FDP)
7. Wie reagiert die chinesische Bevölkerung auf die digitale Überwachung religiöser Minderheiten in Xinjiang und wie wirkt sich diese Form der Kontrolle auf die gesamte Gesellschaft aus? (SPD)



3. Strategien westlicher Staaten und Organisationen, um Einfluss auf die chinesische Politik gegenüber religiösen Minderheiten auszuüben

8. Welche Konsequenz hat die chinesische Umerziehungspraxis, die weiterhin massiv zunimmt, und welche Reaktion westlicher Demokratien kann zum Schutz religiöser Minderheiten, wie der Christen, der muslimischen Uiguren und der buddhistischen Tibeter sowie anderer, in China beitragen? (CDU/CSU)
9. Welche Zusammenhänge sehen Sie zwischen der systematischen Unterdrückung religiöser Minderheiten in China, den Bestrebungen, auf nationaler Ebene Stabilität zu sichern sowie die Energieversorgung zu gewährleisten und dem Ausbau politischer und wirtschaftlicher Einflussnahme auf internationalem Parkett, und welche Schritte halten Sie für besonders vielversprechend, um die schweren Menschenrechtsverletzungen an religiösen Minderheiten, insbesondere in Xinjiang und Tibet, aufzuarbeiten und China dazu zu bewegen, dieses Vorgehen zu beenden? (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
10. Wie sollte eine kohärente deutsche China-Politik aussehen angesichts massiver Menschenrechtsverletzungen, insbesondere gegenüber religiösen Minderheiten aber auch weitreichender Eingriffe in das Recht auf Privatsphäre oder die Meinungsfreiheit und wie beurteilen Sie vor diesem Hintergrund die Kohärenz der China-Politik der Bundesregierung? (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
11. Welche Beispiele gibt es für eine politische Instrumentalisierung von Religion in China (z.B. durch religiösen Extremismus und zur Beförderung separatistischer Bestrebungen), die eine berechtigte Gefahr für die Regierung in Peking darstellen und wie kann und sollte die chinesische Regierung Ihrer Meinung nach darauf reagieren? (DIE LINKE.)
12. Inwieweit wird das Christentum, welches neben dem Islam zu den anerkannten Religionen in China gehört, Ihrer Meinung nach von Kirchen und Organisationen aus dem westlichen Ausland instrumentalisiert, um der Ausbreitung vermeintlich westlicher Werte- und Moralvorstellungen in China Vorschub zu leisten und den gelebten Laizismus im heutigen China zu untergraben? (DIE LINKE.)



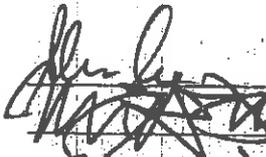
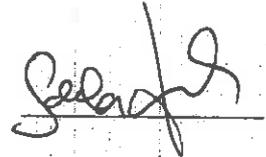
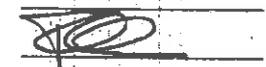
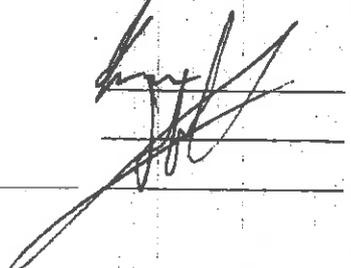
Mitglieder des Ausschusses

	Ordentliche Mitglieder	Stellvertretende Mitglieder
CDU/CSU	Altenkamp, Norbert Maria Brand (Fulda), Michael Brehm, Sebastian Heinrich (Chemnitz), Frank Patzelt, Martin Zimmer, Prof. Dr. Matthias	Brodesser, Dr. Carsten Damerow, Astrid Kuffer, Michael Leikert, Dr. Katja Motschmann, Elisabeth Schipanski, Tankred
SPD	Heinrich, Gabriela Özoğuz, Aydan Schwabe, Frank	Mützenich, Dr. Rolf Ortleb, Josephine Vogt, Ute
AfD	Braun, Jürgen Herdt, Waldemar	Friesen, Dr. Anton Frohnmaier, Markus
FDP	Jensen, Gyde Köhler, Dr. Lukas	Dassler, Britta Katharina Lambsdorff, Alexander Graf
DIE LINKE.	Brandt, Michel Nastic, Zaklin	Buchholz, Christine Jelpke, Ulla
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN	Bause, Margarete Gehring, Kai	Amtsberg, Luise Polat, Filiz



Sitzung des Ausschusses für Menschenrechte und humanitäre Hilfe (17. Ausschuss)

Mittwoch, 8. Mai 2019, 15:00 Uhr

Ordentliche Mitglieder des Ausschusses	Unterschrift	Stellvertretende Mitglieder des Ausschusses	Unterschrift
<u>CDU/CSU</u>		<u>CDU/CSU</u>	
Altenkamp, Norbert Maria		Brodesser Dr., Carsten	_____
Brand (Fulda), Michael		Damerow, Astrid	_____
Brehm, Sebastian		Kuffer, Michael	_____
Heinrich (Chemnitz), Frank		Leikert Dr., Katja	_____
Patzelt, Martin		Motschmann, Elisabeth	_____
Zimmer Dr., Matthias	_____	Schipanski, Tankred	_____
<u>SPD</u>		<u>SPD</u>	
Heinrich, Gabriela		Mützenich Dr., Rolf	_____
Özoğuz, Aydan		Ortleb, Josephine	_____
Schwabe, Frank	_____	Vögt, Ute	_____
<u>AfD</u>		<u>AfD</u>	
Braun, Jürgen		Friesen Dr., Anton	_____
Herdt, Waldemar	_____	Frohnmaier, Markus	_____

19. Wahlperiode

Sitzung des Ausschusses für Menschenrechte und humanitäre Hilfe (17. Ausschuss)
Mittwoch, 8. Mai 2019, 15:00 Uhr

**Ordentliche Mitglieder
des Ausschusses**

Unterschrift

**Stellvertretende Mitglieder
des Ausschusses**

Unterschrift

FDP

Jensen, Gyde
Köhler Dr., Lukas

FDP

Dassler, Britta Katharina
Lambsdorff, Alexander Graf

DIE LINKE.

Brandt, Michel
Nastic, Zaklin

DIE LINKE.

Buchholz, Christine
Jelpke, Ulla

BÜ90/GR

Bause, Margarete
Gehring, Kai

BÜ90/GR

Amtsberg, Luise
Polat, Filiz



**Sitzung des Ausschusses für Menschenrechte und humanitäre Hilfe
(17. Ausschuss)**

Mittwoch, 8. Mai 2019, 15:00 Uhr

	Fraktionsvorsitz	Vertreter
CDU/CSU		
SPD		
AFD		
FDP		
DIE LINKE.		
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN		

Fraktionsmitarbeiter

Name (Bitte in Druckschrift)	Fraktion	Unterschrift
Bianca Ullrich	CDU/CSU	B. Ullrich
Ariana Kravtchenko	FDP	A. Kravtchenko
Philipp Riedel	SPD	P. Riedel
Sarah Storch	Grüne	S. Storch
Kim Weidenbe	DIE LINKE	K. Weidenbe
Sputhyn	AFD	S. Sputhyn
Sonja Müller	Büro Markus Gröbe	Sonja Müller
Madeleine Weiff	" Miriam Radt	M. Weiff
SIGLER	AFD	S. Sigler



Tagesordnungspunkt 1

Öffentliche Anhörung zum Thema:

Religionsfreiheit: Die menschenrechtliche Lage religiöser Minderheiten in China

Vorsitzende **Gyde Jensen** (FDP): Es ist Punkt 3 Uhr, und ich würde Sie bitten, die Plätze einzunehmen, damit wir pünktlich beginnen können. Wir warten noch einmal 30 Sekunden, um zu hören, ob die Verdolmetschung funktioniert. Allerdings müsste man mir einmal ein Zeichen geben, ob das der Fall ist. Funktioniert es jetzt? Sie hören mich, aber die Übertragung auf die Kamera funktioniert nicht. Wie ist Ihr Englisch, liebe Kolleginnen und Kollegen und meine Damen und Herren? Ich würde Sie gern um Ihre Aufmerksamkeit bitten, denn derzeit gibt es noch ein Problem mit der Übertragung aus der Dolmetscherkabine und wieder zurück. Daran wird gearbeitet. Unser Vorschlag wäre, wir beginnen langsam und lassen die Kollegen ihre Arbeit machen. Dann schauen wir in den nächsten Minuten, ob es funktioniert. Falls das nicht der Fall ist, schauen wir nochmal neu. Aber die Begrüßung kann ich schon mal machen. Ich möchte Sie alle ganz herzlich im Namen des Ausschusses zu unserer heutigen öffentlichen Anhörung begrüßen, die sich um das Thema „Religionsfreiheit: Die menschenrechtliche Lage religiöser Minderheiten in China“ drehen wird. Dazu eröffne ich die Sitzung und begrüße zuerst die geladenen Sachverständigen in alphabetischer Reihenfolge: Herrn Ulrich Delius von der Gesellschaft für bedrohte Völker, Herrn Kelsang Gyaltzen, den ehemaligen Sondergesandten des Dalai Lama in Europa, Herrn Dolkun Isa, den Präsidenten des Weltkongresses der Uiguren, Herrn David Li, den Mitarbeiter des China Organ Harvest Research Center, Herrn Wenzel Michalski, Direktor von Human Rights Watch in Deutschland, Prof. Dr. Frank N. Pieke, Direktor des Mercator Institute for China Studies und Prof. Dr. Helwig Schmidt-Glintzer, Direktor des China Centrum Tübingen (CCT). Außerdem möchte ich ganz herzlich die Beauftragte der Bundesregierung für Menschenrechtspolitik und Humanitäre Hilfe, Frau Dr. Bärbel Kofler, begrüßen, die ein bisschen früher gehen muss.

Aber schön, dass Sie überhaupt zu uns kommen konnten. Dann begrüße ich Herrn Markus Grübel, den Beauftragten der Bundesregierung für weltweite Religionsfreiheit, weiterhin die Mitglieder des Ausschusses für Menschenrechte und humanitäre Hilfe sowie die Abgeordneten anderer Ausschüsse, die zu uns gekommen sind. Dies sind aus dem Auswärtigen Ausschuss von der Fraktion DIE LINKE. Frau Dağdelen, die noch zu uns stoßen wird, und Frau Pantel aus dem Innenausschuss. Außerdem möchte ich natürlich nicht versäumen, die Zuhörerinnen und Zuhörer auf der Tribüne zu begrüßen und uns allen eine erfolgreiche Sitzung zu wünschen. Vielleicht noch ein paar einleitende Worte vorab: Diese Sitzung ist öffentlich. Sie wird aufgezeichnet und dann live auf Kanal 2 im Parlamentsfernsehen übertragen. Die Aufzeichnung kann dann später – wenn Interesse besteht – in der Mediathek auf der Website des Bundestages abgerufen werden. Außerdem muss ich Ihr Einverständnis einholen, dass Abgeordnete anderer Ausschüsse Rede- und Fragerecht ebenso wie die Mitglieder unseres eigenen Ausschusses haben und dass von der Sitzung – wie bei Anhörungen üblich – ein Wortprotokoll angefertigt wird. Ich höre keinen Widerspruch, dann können wir so verfahren. Dann gebe ich Ihnen noch den Hinweis, dass die schriftlichen Stellungnahmen der Sachverständigen den Ausschussmitgliedern und den eingeladenen Ausschüssen vorab zugegangen sind. Sofern die Sachverständigen zugestimmt haben, werden die Stellungnahmen nach der Anhörung auf die Ausschussseite im Internet gestellt. Vor dem Ausschussaal finden Sie darüber hinaus noch einmal die Tagesordnung und die Lebensläufe der Sachverständigen, die wir heute eingeladen haben. Zum Ablauf der Anhörung: Die Anhörung wird nach einem Verfahren ablaufen, auf das die Obleute im Ausschuss sich am 10. Oktober 2018 verständigt haben. Danach haben die Sachverständigen (in alphabetischer Reihenfolge) – also so, wie Sie hier sitzen – die Gelegenheit, ein Eingangsstatement zu halten, das den zeitlichen Umfang von fünf Minuten nicht überschreiten darf. An die Statements schließt sich eine erste Fragerunde an. Danach folgen möglicherweise eine zweite und eine dritte Fragerunde, je nachdem, wie viel Zeit wir am Ende noch haben. In jeder der Fragerunden werden die Fraktionen in einer



feststehenden Reihenfolge nach dem Prinzip von Rede und Gegenrede sowie nach dem Stärkeverhältnis der Fraktionen aufgerufen. Jede Fraktion hat dabei die Möglichkeit, eine beliebige Zahl von Fragen an bis zu zwei Sachverständige zu stellen. Für die Fragen, die auch von mehreren Abgeordneten einer Fraktion gestellt werden können, steht ein Zeitkontingent von insgesamt zwei Minuten zur Verfügung. Dann haben die Sachverständigen, die gefragt wurden, für ihre Antwort höchstens vier Minuten zur Verfügung. Die Fragen der Abgeordneten einer Fraktion und die Antworten der Sachverständigen folgen unmittelbar aufeinander. Ich würde dann in der ersten Fragerunde mit der Unionsfraktion beginnen. Sie werden aufgerufen und haben vier Minuten Zeit für die Beantwortung. Folgendes an die Zuhörer auf der Tribüne: Wenn Sie gern Fotos machen wollen, können Sie das tun. Ich würde Sie nur bitten, dies am Anfang zu tun, damit später ein bisschen Ruhe im Plenum herrscht. Ich hoffe, dass jetzt die Verdolmetschung funktioniert und auch Herr Li uns versteht. Auf Kanal 2 ist das möglich. Jetzt steht uns nichts mehr im Wege. Ich würde nun mit den Statements der Sachverständigen starten wollen. Herr Delius, Sie haben zunächst das Wort für fünf Minuten. Vielleicht noch für Sie der Hinweis: Oben hängt eine Uhr. Ich werde Sie darauf aufmerksam machen, wenn Sie Ihr Zeitkontingent überziehen sollten. Sie haben das Wort, Herr Delius.

SV Ulrich Delius (Gesellschaft für bedrohte Völker): Sehr geehrte Frau Vorsitzende, sehr geehrte Mitglieder des Bundestages: Seit dem Machtantritt von Staats- und Parteichef Jinping beobachten wir in China einen stetigen Verfall der Rechte religiöser Minderheiten. Das verfassungsrechtlich festgeschriebene Recht auf Religionsfreiheit wird ausgehöhlt zugunsten einer stärkeren Kontrolle von Religionsfragen durch die Kommunistische Partei. Vor dem Hintergrund eines wachsenden Zuspruchs in der Bevölkerung für Religion traten im Jahr 2018 neue Regeln in Kraft, die die Kontrolle von Religionsgemeinschaften durch die Partei deutlich verstärken. Als Ersatzreligion wird Gläubigen der Personenkult um Xi Jinping angeboten. Am dramatischsten ist die Lage der muslimischen Nationalitäten in Xinjiang. Systematisch werden Religion, Kultur und traditionelle Gesellschaft der

Uiguren, Kasachen und Kirgisen zerstört. Uiguren leiden schon seit mehr als 20 Jahren unter der Verletzung der Religionsfreiheit, doch in Quantität und Qualität sind diese Menschenrechtsverletzungen nicht mit dem vergleichbar, was Uiguren, Kasachen und Kirgisen heute erleben. Rund 1,5 Mio. Angehörige dieser Nationalitäten wurden willkürlich seit April 2017 in Umerziehungslager eingewiesen. Dort werden sie einer Gehirnwäsche unterzogen und zwangsweise assimiliert. So wurden Muslime gezwungen, Schweinefleisch zu essen oder Alkohol zu trinken. Systematisch wird ihre Persönlichkeit zerstört. Dies sind Verbrechen gegen die Menschlichkeit, und doch schweigen viele Staaten dazu, weil sie Chinas Regierung nicht verärgern wollen. Wir begrüßen, dass die Bundesregierung diese Menschenrechtsverletzungen deutlich anspricht. Es müssten auch Zeugenschutzprogramme für ehemalige Lagerinsassen entwickelt werden, um sie vor dem Zugriff Chinas zu schützen. Chinas Verfolgungsdruck spürt besonders die Zivilgesellschaft Kasachstans, weil sie frühere Lagerinsassen schützt. Dringend braucht dieses Problem mehr internationale Aufmerksamkeit, denn China versucht systematisch, alle Muslime in Xinjiang von der Außenwelt zu isolieren und alle Spuren ihres Glaubens zu tilgen. Auch Tibets Buddhisten leiden unter massiven Einschränkungen ihres Glaubens und Versuchen Chinas, ihre Religionsgemeinschaft gleichzuschalten. Die Diffamierung und Kriminalisierung des Dalai Lama, die stetigen Versuche, sich in der Nachfolgefrage einzumischen und die andauernde Verschleppung des Panchen Lama schüren neue Konflikte. Dringend müssen die Bemühungen verstärkt werden, eine politische Lösung des Tibet-Konflikts voranzutreiben, denn nach dem möglichen Ableben dieses Dalai Lama werden die Spannungen im Tibet-Konflikt deutlich zunehmen. Auch Christen leiden verstärkt unter massiver Verfolgung. Die Zahl der Übergriffe hat sich zwischen den Jahren 2017 und 2018 – ausgehend von einem hohen Niveau – verfünffacht. Von willkürlichen Zerstörungen von Kirchen, der Entfernung von Kreuzen, Verhaftungen und Störungen von Gottesdiensten sind nicht nur protestantischen Hauskirchen betroffen, die offiziell nicht registriert sind. Auch



die regulär registrierten Kirchen leiden unter schwerwiegenden Einschränkungen ihrer Religionsfreiheit. Erst vorgestern wurde eine katholische Kirche in der Provinz Hebei zerstört, weil sie im öffentlichen Leben angeblich zu sichtbar war – ein Argument, das häufig auch Muslime zu hören bekommen, wenn ihre Moscheen mit dem Bulldozer dem Erdboden gleichgemacht werden. Dabei werden auch Wallfahrtsstätten und jahrhundertealte historische Denkmäler nicht geschont. Weitere 23 katholische Kirchen sollen in den nächsten Wochen niedergerissen werden. Mit Besorgnis verfolgen wir daher die Bemühungen des Vatikans um ein Konkordat mit China, denn eine feierliche Unterzeichnung eines Konkordats würde den Eindruck erwecken, dass in China Religionsfreiheit herrscht. Dies wäre eine fatale Fehleinschätzung. Die Hoffnung der katholischen Kirche auf eine Normalisierung der Beziehungen zu Chinas Behörden haben sich nach der Unterzeichnung eines vorläufigen Abkommens zur Regelung der Bischofsernennung nicht erfüllt. Stattdessen nimmt der Druck von Partei und Behörden, auch auf die offiziell anerkannten Kirchen, weiter zu. Dramatisch ist auch die Lage der Meditationsbewegung Falun Gong. Seit 20 Jahren leidet sie unter systematischer Verfolgung. Mindestens 4.300 Gläubige kamen dabei bisher gewaltsam zu Tode. Auch Daoisten klagen über religiöse Verfolgung. So wurden kürzlich 5.900 ihrer Tempel auf Anordnung der Behörden zerstört. Die Muster der Verfolgung religiöser Minderheiten in China ähneln sich. Wir müssen sie als Ausdruck der Politik eines Staates ansehen, der Religion gewaltsam aus dem Alltag verbannen will, um ihre Anziehungskraft zu verringern. Das ist ein absurdes Unterfangen, wie die stetig zunehmende Zahl der Gläubigen belegt. Was ich nicht kontrollieren kann, das zerschlage ich: Das ist das ewig gleiche Motto der kommunistischen Partei Chinas.

Die **Vorsitzende**: Herzlichen Dank Herr Delius. In der Zwischenzeit habe ich auch herausgefunden, dass Ihr Nachname Gyaltsen ausgesprochen wird. Herr Gyaltsen Sie haben das Wort, fünf Minuten.

SV Kelsang Gyaltzen (ehemaliger Sondergesandter des Dalai Lama in Europa): Sehr geehrte Frau Ausschussvorsitzende, sehr geehrte Damen und Herren Abgeordnete. Als Tibeter bin ich Ihnen sehr dankbar für die heutige Anhörung. Sie setzt ein wichtiges Zeichen für Menschenrechte sowohl in China als auch im besetzten Tibet. Diese Anhörung und die Erklärung des Ausschusses am 10. März 2019 sind wichtige Botschaften für die Menschen in Tibet und China, die sich unter großer Gefahr für Leib und Leben und für ihre persönliche Freiheit für Menschenrechte, Demokratie und Rechtsstaatlichkeit einsetzen – auch um zu erreichen, dass Deutschland seine Augen nicht vor dem Unrecht in China verschließt und wegschaut. Es sind Signale, die den Menschen viel Mut und Hoffnung geben. Vor einigen Wochen hat ein Tibeter seinen 30. Geburtstag gefeiert, der bekannt geworden ist als weltweit jüngste politische Gewalt. Als er sechs Jahre alt war, wurde er vom Dalai Lama als der 11. Panchen Lama anerkannt. Daraufhin wurde der sechsjährige Gendün Chökyi Nyima am 17. Mai 1995 von den chinesischen Behörden entführt. Seither hat keine außenstehende Person ihn mehr zu sehen bekommen. An seiner Stelle setzten die chinesischen Behörden einen von ihnen bestimmten Jungen als Panchen Lama ein. Der Fall des Panchen Lama, eines der höchsten spirituellen Würdenträger Tibets, ist ein gutes Beispiel dafür, wie China die fundamentalen Grundrechte der Tibeter systematisch missachtet und verletzt und wie das tibetische Volk unter der chinesischen Herrschaft um das Überleben seiner einzigartigen Kultur, Sprache und Religion ringen muss. Die chinesischen Behörden sehen die eigenständige Kultur, Religion, Sprache, Identität Tibets als Bedrohung für die Stabilität ihrer Herrschaft und als mögliche Ursache für eine Abspaltung Tibets von China an. Dementsprechend versuchen die chinesischen Behörden, den integralen Kern der tibetischen Zivilisation und Identität zu zerstören. Nach anfänglichen Bemühungen, die tibetische Kultur durch physische Zerstörung von Klöstern und Tempeln sowie durch die Tötung von Mönchen und Nonnen auszulöschen, stellten die chinesischen Behörden ihre Politik auf eine subtilere Herangehensweise um. Die neue Politik zielt darauf ab, die authentische tibetische Kultur



und Religion zu untergraben und durch eine staatlich anerkannte kontrollierte Version zu ersetzen, die den ideologischen, politischen und wirtschaftlichen Zielen der Kommunistischen Partei entspricht. Entsprechend dieser politischen Zielsetzung hat die chinesische Regierung unter Xi Jinping eine Reihe von Programmen, Gesetzen und Verordnung eingeführt, die tief in die freie Religionsausübung der Tibeter eingreifen. All diese verschärften, repressiven Maßnahmen werden begleitet von fortwährenden, umfassenden und rigorosen ideologischen Kampagnen, um den tibetischen Buddhismus zu zensieren. Angesichts der Ressourcen, die dem chinesischen Staat zur Verfügung stehen, um seine langfristigen Assimilationsziele in Tibet zu erreichen, ist die Gefahr eines kulturellen Genozids in Tibet groß. Vor diesem Hintergrund ist es dringend notwendig, die Volksrepublik China für ihre systematischen Menschenrechtsverletzungen zur Verantwortung zu ziehen. Deutschland kann eine führende Rolle in der Europäischen Union spielen. Auch eine gemeinsame transatlantische Vorgehensweise gegenüber China in Bezug auf die Menschenrechte in Tibet würde die Chancen auf eine Verbesserung der menschenrechtlichen Situation in China erheblich erhöhen. Von zentraler Bedeutung ist auch die Positionierung der deutschen Politik in der Frage der Nachfolge des gegenwärtigen 14. Dalai Lama. Es ist wichtig, dass die Regierung schon heute klarstellt, dass sie einen von der chinesischen Regierung bestimmten künftigen Dalai Lama nicht anerkennen würde. Eine menschenrechtskonforme Entscheidung über die Nachfolge des Dalai Lama kann allein von den traditionellen Institutionen des tibetischen Buddhismus in freier und selbstbestimmter Weise getroffen werden. Letztlich können die Probleme in Tibet nur durch Dialog und Verhandlungen zu einer einvernehmlichen Lösung geführt werden. Daher ist es wichtig, die chinesische Regierung immer wieder auf höchster Ebene aufzufordern, den Dialog mit den Repräsentanten des Dalai Lamas wieder aufzunehmen. Der Dalai Lama und die tibetische Führung im Exil haben gegenüber China klargemacht, dass sie nicht die Unabhängigkeit Tibets anstreben, sondern eine echte Autonomie. Dieses Recht auf Autonomie sichert auch die Verfassung der Volksrepublik China den Minderheiten zu.

Die **Vorsitzende**: Würden Sie zum Schluss kommen?

SV **Kelsang Gyaltzen** (ehemaliger Sondergesandter des Dalai Lama in Europa): Viele Chinesen, vor allem chinesische Buddhisten, Intellektuelle, Menschenrechts- und Demokratieaktivisten, unterstützen diesen mittleren Weg des Dalai Lama.

Die **Vorsitzende**: Herr Gyaltzen, kommen Sie bitte zum Schluss! Ihre fünf Minuten sind um.

SV **Kelsang Gyaltzen** (ehemaliger Sondergesandter des Dalai Lama in Europa): Daher besteht eine berechtigte Hoffnung auf Dialog und Verhandlung, sollte ein Umdenken bei der chinesischen Führung stattfinden.

Die **Vorsitzende**: Herr Gyaltzen, ich würde Sie jetzt bitten, zum Schluss zu kommen. Vielleicht können Sie den Rest ihres Statements noch bei der Beantwortung der Fragen verwenden.

SV **Kelsang Gyaltzen** (ehemaliger Sondergesandter des Dalai Lama in Europa): Ja, das mache ich gerne. Ich möchte nur einfach ...

Die **Vorsitzende**: Ich würde jetzt Ihr Mikrofon abschalten, damit wir in der Zeit bleiben.

SV **Kelsang Gyaltzen** (ehemaliger Sondergesandter des Dalai Lama in Europa): Ja.

Die **Vorsitzende**: Dankeschön. Als nächster hat das Wort Herr Dolkun Isa. Fünf Minuten auch für Sie.

Die **Vorsitzende**: Herr Isa, es tut mir sehr leid, aber wir warten gerade darauf, dass die Verdolmetschung funktioniert. Ich glaube, im Moment haben wir nicht die Möglichkeit, eine Verbindung herzustellen. Hat irgendjemand von Ihnen eine Verdolmetschung bekommen? Ich glaube, es wäre der Kanal 2. Es tut mir sehr leid.



Wir haben zurzeit technische Probleme. Mein Vorschlag wäre, mit den deutschen Statements fortzufahren und die englischsprachigen ans Ende zu legen. Ist das in Ordnung? Herr Michalski, ich würde dann Sie bitten, Ihre fünf Minuten für das Eingangsstatement zu nutzen.

SV Wenzel Michalski (Direktor von Human Rights Watch in Deutschland): Vielen Dank für die Einladung. Ich werde mich etwas kürzer fassen, was die Lage der Uiguren betrifft, weil ich denke, dass Herr Isa nachher noch Gelegenheit haben wird, diese zu erläutern. Ich möchte etwas dazu sagen, wie religiöse Minderheiten überwacht werden. Insbesondere möchte ich etwas sagen zur Lage in Xinjiang und was daran beispielhaft ist für die massenhafte Überwachung in China generell. Die Überwachung ist natürlich besonders streng in Xinjiang, wo Uiguren und andere muslimische Menschen verfolgt und überwacht werden in einem fast schon totalitären Ausmaß. Wir haben entdeckt, dass die Polizeibehörden in Xinjiang mit einer App arbeiten, und wir haben diese App runtergeladen und sozusagen rückwärts konzipiert – also reengineered – und dabei herausgefunden, wie diese funktioniert. Die App ist verbunden mit der sogenannten „Integrated Joint Operations Platform“ (IGOP), das ist eine Plattform, die in ganz China Überwachungsmaßnahmen koordiniert. Polizisten haben diese App auf ihren Handys, und sobald sich ihnen eine Verdachtsperson nähert, gibt es ein Alarmsignal. Die Polizisten werden die Verdachtsperson dann aufspüren und untersuchen und ggf. festnehmen. In dieser App sind 36 Personentypen beschrieben. Erfasst werden zum Beispiel selbst alltägliche Tätigkeiten, wie zum Beispiel das Betanken eines Autos. Wenn ich ein Auto betanke, das nicht mir gehört – zum Beispiel das Auto meiner Mutter – dann bin ich eine Verdachtsperson. Der Polizist bekommt auch dann, wenn das Nummernschild – das natürlich von einer Überwachungskamera aufgenommen wird – nicht in Verbindung mit meinem Namen steht, ein Alarmzeichen und muss dann sofort zu mir, um mich zu überprüfen. Zu diesen Zwecken wurden 1 Mio. Polizisten in Xinjiang eingestellt, einer Provinz, in der nur 17 Mio. Menschen leben. Verdächtig sind auch Menschen, die zum Beispiel ihr eigenes Haus nicht durch die Vordertür betreten, die übermäßig

ihr Smartphone benutzen, die ihr Smartphone abgeschaltet haben oder selten benutzen. Verdächtig sind aber auch Menschen, die sich mit ihren Nachbarn unterhalten, ebenso wie Menschen, die sich überhaupt nicht mit ihren Nachbarn unterhalten. Also egal, was man tut, man ist im Prinzip immer verdächtig; und was dann passiert, wenn man verdächtig ist, das werde ich kurz schildern – und das wird Herr Isa später sicher noch detaillierter schildern: Man kommt in ein Internierungslager und wird einer Gehirnwäsche unterzogen, die so lange dauert, bis die Aufseher den Eindruck haben, dass man jetzt regimekonform denkt und wieder entlassen werden kann. Um das festzustellen, wird zum Beispiel die Zeit gemessen, die man braucht, um Mandarin oder um Floskeln zu lernen, mit denen man der muslimischen Religion abschwört. Wenn man also ein bisschen langsamer im Lernen ist oder etwas stärker ideologisch orientiert oder so, dann muss man länger dort bleiben. Ich habe mit jemandem gesprochen, der in einem Internierungslager war und dann entlassen wurde, weil sich herausgestellt hatte, dass er unschuldig war. Also ich zitiere: „Ich betrat ein Einkaufszentrum und ein orangefarbener Alarmknopf leuchtete auf. Dann kam ein Polizist und brachte mich auf eine Wache. Ich sagte ihm, dass ich in einer Hafteinrichtung war und entlassen wurde, weil ich unschuldig bin. Die Polizisten sagten mir, ich solle einfach nicht mehr an öffentliche Orte gehen. Ich fragte, was soll ich denn sonst tun – immer zu Hause bleiben? Er antwortete: Ja, das ist doch besser als das hier oder?“. So ist das Alltagsleben in Xinjiang. Diese IGOP ist so programmiert, dass das System erkennt, wenn der registrierte Besitzer eines Autos nicht die Person ist, die Benzin kauft, wie ich eben schon geschildert habe. Die App benachrichtigt dann alle Beamten im Umkreis, oder sie informiert die Beamten über Personen, die Auslandsreisen unternommen haben, welche sie als übermäßig lang einstufen. Die Beamten werden aufgefordert, diese sogenannte „verspätete Person“, ihre Verwandten und andere Bekannte zu befragen, um nähere Informationen über die Reise zu erhalten. Außerdem instruiert die App die Beamten, das Telefon der „verspäteten Personen“ auf verdächtige Inhalte hin zu überprüfen.



Die **Vorsitzende**: Bitte kommen Sie zum Schluss!

SV Wenzel Michalski (Direktor von Human Rights Watch in Deutschland): Das System benachrichtigt die Beamten, wenn es das Telefon einer Person nicht mehr orten kann, damit diese feststellen, ob die Person oder der Besitzer verdächtig ist und dies Ermittlungen erforderlich macht.

Die **Vorsitzende**: Herzlichen Dank, Herr Michalski. Dann würde ich als nächsten Prof. Pieke aufrufen für sein Statement. Sie haben ebenfalls fünf Minuten.

SV Prof. Dr. Frank N. Pieke (Direktor des Mercator Institute for China Studies): Ich möchte das gern auf Englisch machen, wenn das möglich wäre.

Die **Vorsitzende**: Ich frage kurz nach, ob es schon wieder möglich ist – dann müsste man mir ein Zeichen geben.

SV Prof. Dr. Frank N. Pieke (Direktor des Mercator Institute for China Studies): Ich kann es auch auf Deutsch versuchen, das wäre dann aber nicht so gut wie auf Englisch.

Die **Vorsitzende**: Sie fühlen sich wohler auf Englisch. Die Verdolmetschung ist noch nicht möglich. Dann wäre der letzte verbleibende Sachverständige, der sein Statement auf Deutsch halten könnte, Prof. Schmidt-Glintzer. Ich würde Ihnen dann vorzeitig das Wort erteilen, fünf Minuten. Würden Sie bitte noch Ihr Mikrofon einschalten?

SV Prof. Dr. Helwig Schmidt-Glintzer (Direktor des China Centrum Tübingen (CCT)): Vielen Dank, Frau Vorsitzende. Ich habe mit Interesse zugehört, und nach dem, was ich bisher gehört habe, finde ich es ganz wichtig, dass wir die schwierige Situation, die in China herrscht – in Xinjiang – besonders genau betrachten. Ich habe mit chinesischen Freunden und Kollegen gesprochen. Auch dort gibt es viele Sorgen. Es gibt

auch unterschiedliche Meinungen, und es ist so, dass eine rigorose Parteipolitik tatsächlich die Religion etwas in die Enge zu drängen scheint. Ich möchte andererseits aber darauf hinweisen, dass man diese ganzen Entwicklungen nicht ohne den historischen Kontext verstehen kann. Ich beschäftige mich seit 50 Jahren mit China und mit Religionen in China, insbesondere auch mit dem Buddhismus. Ich will Ihnen darüber jetzt keinen langen Vortrag halten, aber Tatsache ist doch, dass im Modernisierungsprozess des 20. Jahrhunderts diese Einheitsreichsidee generiert wurde, an der alle mitgestrickt haben und die diese unglücklichen und ungunstigen Entwicklungen in Tibet bewirkt hat. Deswegen bin ich auch für Ihre Bemerkung dankbar; die muss aber andererseits auch vor dem Hintergrund gesehen werden, dass China sich von außen immer wieder bedroht fühlte und auch heute wieder bedroht fühlen kann – etwa wenn ich den Artikel von Steve Bannon von gestern in der Epoch Times lese. Bannon schreibt, dass man die chinesische Bevölkerung von der Kommunistischen Partei befreien muss. Das ist eine Wortwahl, die ich als Vorbereitung zu anderem ansehe, möglicherweise auch von gewalttätigen Auseinandersetzungen. Ich warne davor, sich in diesem Zusammenhang auf die falsche Seite zu schlagen. Von den Bedrohungen, denen China immer wieder ausgesetzt war, habe ich schon als junger Student an der Münchener Universität erfahren, als ich eine Seminararbeit über die damalige Radiopropaganda der Sowjetunion geschrieben habe. Da die Sowjetunion sich damals in einem Konflikt mit China befand, versuchte sie, die Uiguren in Xinjiang gegen die Regierung in Peking zu agitieren. Diese ganzen Kontexte dürfen wir nicht außer Acht lassen. Insofern ist die Beschäftigung mit China, auch die Kommunikation mit China, unbedingt notwendig. Wir könnten mit den Chinesen zum Beispiel auch darüber reden, wie sie es mit dem Kirchenasyl halten und wie wir es damit halten. Da gibt es ja auch bei uns unterschiedliche Meinungen. Wir haben viele gemeinsame Probleme und Themen, die wir besprechen können, aber ich warne davor, China an den Pranger zu stellen, ein Land, das es immerhin geschafft hat, für 1,4 Mrd. Menschen ein Bruttoinlandsprodukt zu erwirtschaften, das zwar immer noch nur ein Sechstel des amerikanischen ausmacht, aber immerhin dafür



reicht, den Chinesen einen gewissen Wohlstand zu garantieren. Und ich finde, dass die Menschheitsentwicklung nicht durch neue Konflikte und Aggressionen beeinträchtigt werden sollte. Das kann ich in vielen einzelnen Punkten belegen. Es gibt neue geheimdienstliche Kooperationen, die an das anti-sowjetische Verhalten anknüpfen und die sich nun gegen China richten. Ich halte diese Politik für gefährlich. Auf der anderen Seite bin ich der Meinung – gerade weil ich so enge Beziehungen zu Religionsvertretern in China habe –, dass wir die Situation der Religionen dort intensiv beobachten und auch mit den Beteiligten sprechen sollten. Soweit meine Einführung.

Die **Vorsitzende**: Herzlichen Dank, Herr Prof. Schmidt-Glintzer. Ich muss jetzt noch einmal die Frage stellen, ob es in der Zwischenzeit eine Möglichkeit zur Verdolmetschung gibt. Wenn ich es richtig sehe, gibt es jetzt die Möglichkeit, vom Deutschen ins Englische und umgekehrt zu übertragen. Dann würde ich die Kollegen bitten, den Kanal 2 einzuschalten. Jetzt haben wir zumindest einen Kanal für beide Sprachen. In diesem Fall würde ich jetzt wieder das Statement von Herrn Isa aufrufen. Sie haben fünf Minuten Zeit, und wir wechseln jetzt nicht mehr zwischen den beiden Kanälen. Sie können also beginnen.

SV Dolkun Isa (Präsident des Weltkongresses der Uiguren): Sehr geehrte Damen und Herren, verehrte Mitglieder des Ausschusses, ich bedanke mich für die Einladung, heute vor Ihnen sprechen zu dürfen. Wir begrüßen die Bereitschaft des Deutschen Bundestags, sich mit diesem Thema zu befassen, und wir danken für die Bereitschaft, diejenigen anzuhören, die von der repressiven und unmenschlichen Politik Chinas betroffen sind. Die aktuelle Situation der Uiguren ist äußerst prekär. Tatsächlich ist die Existenz der Uiguren als eigenständiges Volk bedroht. In Deutschland und überall in Europa lebende Uiguren leiden angesichts der derzeitigen Situation in Ostturkestan und sind stark betroffen. In den vergangenen zwei Jahren hat China willkürlich über zwei Millionen unschuldige Uiguren und Kasachen in den Konzentrationslagern in der gesamten Region festgehalten. Praktisch in jeder Uiguren-Familie

gibt es Freunde oder Verwandte, die zurzeit in Lagern interniert oder gänzlich verschwunden sind. Seit April 2017 sind die meisten von uns nicht einmal in der Lage gewesen, Kontakt zu unseren Familienmitgliedern herzustellen. Die Konzentrationslager-Systeme sind im Grund große Gefängnisse, doch stehen sie außerhalb des chinesischen Rechtssystems. Den Häftlingen werden keine konkreten Straftaten vorgeworfen, sie haben keinen Kontakt zu Anwälten und werden auf unbestimmte Zeit festgehalten. Die Lager sind ein Kulminationspunkt der Bemühungen der chinesischen Regierung, das uigurische Volk vollständig zu assimilieren und es sozial umzugestalten. In den Lagern sind die Häftlinge politischer Indoktrination ausgesetzt, die darauf abzielt, ihre Verbindungen zur uigurischen ethnischen Identität zu schwächen und die Loyalität zur Kommunistischen Partei Chinas von Xi Jinping zu stärken. Die Häftlinge werden gefoltert, sie leben in überfüllten Räumen, werden durchgängig überwacht und sind anderen schwerwiegenden Menschenrechtsverletzungen ausgesetzt. Was das durch die Lager verursachte Leid und Chinas repressive Politik betrifft, verfüge ich über Erfahrungen aus erster Hand. Da ich aus meiner Heimat fliehen musste, habe ich meine Familie mehr als 20 Jahre lang nicht gesehen. Mehr als zwei Jahre lang habe ich mit meinen Angehörigen nicht sprechen können und wusste nichts über ihren Verbleib. Ich wusste nicht einmal, ob sie noch am Leben oder bereits gestorben sind. Im Jahr 2018 wurden meine schlimmsten Befürchtungen bestätigt, als ich erfuhr, dass meine Mutter in den Lagern gestorben ist. Ich wusste nicht einmal, dass sie interniert worden war. Die chinesische Regierung behauptet jetzt, dass es sich bei den Lagern um eine Maßnahme zur Terrorismusbekämpfung handelt. Aber meine Mutter war 78 Jahre alt. Sie war eine Hausfrau, nicht besonders religiös und politisch nicht aktiv. Sie wurde wohl einfach deshalb interniert, weil sie meine Mutter ist. Ich weiß nicht, unter welchen Umständen sie starb. Ich weiß nicht, was mit meinem Vater und meinem Bruder passiert, und leider bin ich kein Einzelfall. In den meisten Familien der Uiguren-Gemeinschaft in Deutschland und der ganzen Welt gibt es ähnliche Erfahrungen und herzerreißende Tragödien. Wie Sie sehen, haben sich heute an diesem Ort viele meiner Landsleute



eingefunden. Ihre Lebensumstände gleichen den meinen, und vielleicht hätten sie noch Schlimmeres zu berichten. Die chinesische Regierung schikaniert und bedroht weiterhin die außerhalb Chinas lebenden Uiguren. Nicht einmal in Deutschland sind wir vor Chinas langem Arm völlig sicher. Als grundlegendes Merkmal der uigurischen Identität attackiert die chinesische Regierung insbesondere unsere Glaubensvorstellungen. Die Kommunistische Partei Chinas duldet neben sich keine andere Autorität. Und sie hat versucht, das religiöse Empfinden von Moslems, Buddhisten, Christen und anderen auszumerzen. Insbesondere schränkt keine andere Regierung auf der ganzen Welt die religiöse Praxis so stark ein, wie es die chinesische Regierung 2018 bei den Uiguren tat. Religiöse Überzeugungen, der Koran und andere religiöse Bücher, das Beten oder die Durchführung privater religiöser Zeremonien und die Teilnahme an ihnen, die Erziehung der Kinder im Geiste des Islam, all dies gilt heute als illegal für die Uiguren. Andere Moslems in der ganzen Welt feiern zurzeit den heiligen Monat des Ramadan. Die Uiguren sehen sich schweren Einschränkungen unterworfen. Jedes Jahr, insbesondere während des Ramadan, verordnet die chinesische Regierung zusätzliche Maßnahmen, mit denen sie die Religionsfreiheit attackiert. In der gesamten Region wurde Studenten, Lehrern, Angestellten des öffentlichen Dienstes, Rentnern oder Parteimitgliedern das Fasten untersagt. Seit 2015 oder 2016 wurden Gläubige selbst in der Fastenzeit des Ramadan von der chinesischen Regierung gezwungen, das von ihr bereitgestellte Wasser und Essen zum Mittagessen einzunehmen. Seit 2016 wurden Tausende von Moscheen zerstört. China rechtfertigte sein Vorgehen gegen die friedfertige religiöse Praxis des Islam mit der falschen Behauptung, all dies seien Mittel und Wege zur Bekämpfung von Extremismus und Terrorismus. Die schreckliche Unterdrückung hat unter allen Uiguren zu einem Klima der Angst geführt. Aus Furcht vor willkürlicher Verhaftung haben viele Uiguren nun Angst, sich an religiösen Aktivitäten zu beteiligen. Ich danke Ihnen.

Die **Vorsitzende**: Herr Isa, ich würde Sie bitten, zum Ende zu kommen. Vielen Dank. Der nächste, der das Wort hat, ist Herr Li. Sie haben ebenfalls

fünf Minuten zur Verfügung.

SV **David Li** (Mitarbeiter des China Organ Harvest Research Center): Sehr geehrte Damen und Herren, ich möchte Ihnen einen kurzen Überblick über die Organentnahme aus politischen Häftlingen in China geben. Einleitend möchte ich etwas zum Ausmaß des Transplantationssystems sagen, ferner zur Herkunft der Organe und zur Verfolgung von Falun Gong im weitergefassten Kontext der Organentnahme. Meine Ausführungen gründen auf den Befunden, die im jüngsten Bericht meiner Organisation von 2019 präsentiert wurden. Im Jahr 2000 begann Chinas Transplantationsindustrie exponentiell zu wachsen, obwohl China über kein auf Freiwilligkeit gegründetes Organspendesystem verfügte. Informanten behaupteten erstmals 2006, dass politischen Häftlingen bei außergerichtlichen Hinrichtungen in China Organe zur Transplantation entnommen wurden. Das vorgeworfene Verbrechen war so ungeheuerlich und grausam, dass es für viele kaum glaubhaft war. Als Reaktion darauf analysierten Wissenschaftler Daten zu Hunderten von Transplantationskliniken in ganz China sowie Erklärungen von Seiten der Regierung und der Industrie sowie Richtlinien, Gesetzesvorschriften, Finanzierungsbeschlüsse, medizinische Fachzeitschriften, Archive, Krankenhaus-Internetauftritte und Medienberichte. Zumeist handelte es sich um chinesische Quellen. Mit Blick auf das Transplantationsvolumen beschäftigten wir uns mit dem Verhältnis von Krankenhauskapazität und Auslastung. Basierend auf der vom Gesundheitsministerium geforderten Mindestbettenzahl hätten die 164 vom Ministerium genehmigten Transplantationskliniken die Kapazität gehabt, mehr als 70.000 Transplantationen pro Jahr durchzuführen. Darüber hinaus führten zumindest mehrere hundert weitere, nicht anerkannte Kliniken weiterhin Transplantationen durch. Ferner fanden wir heraus, dass die meisten Kliniken weit mehr als die Mindestleistung erbrachten; einige mit bis zu Hunderten von Transplantationen. Manche verzeichneten eine Bettenauslastung zwischen 100 und 200 Prozent. Viele Krankenhäuser prahlten mit der Fähigkeit, mehrere Transplantationen gleichzeitig durchführen zu können – wobei mehrere



medizinische Teams rund um die Uhr arbeiten, um mit der großen Anzahl von Organtransplantationen fertig zu werden. Aus diesem Grund ist die tatsächliche Anzahl der vorgenommenen Transplantationen mutmaßlich höher, sehr viel höher als die minimale Systemkapazität und liegt um eine Größenordnung über der offiziellen Zahl von 10.000 bis 15.000 pro Jahr. Des Weiteren werden Organtransplantationen in China auf Nachfrage durchgeführt. Sie werden im Voraus geplant, und die Organe werden lebendigen Quellen entnommen. Die Wartezeiten liegen einheitlich im Bereich zwischen einigen Tagen und einigen Wochen, wohingegen sich die durchschnittliche Wartezeit in Ländern mit lang etablierten Organspendesystemen auf drei Jahre oder länger beläuft. Infolgedessen reiste eine große Anzahl von Organtouristen nach China, um sich dort Organe implantieren zu lassen. Jüngste Befunde zeigen, dass der Organtourismus weiterhin gedeiht – Jahre nachdem offizielle Vertreter Chinas verkündeten, er sei vollständig eingestellt worden. Während China also seit 20 Jahren über eine hinreichende Versorgung mit Organen verfügt, begann es erst 2010 mit der Einführung eines auf Freiwilligkeit basierten Spendersystems. In den ersten beiden Jahren gab es landesweit nur 207 Organspenden. Dies wirft die Frage nach der Herkunft aller transplantierten Organe auf. Die offizielle Erklärung lautet: zum Tode verurteilte Häftlinge. Nun lag die Zahl vollzogener Hinrichtungen bei einigen Tausend pro Jahr, und sie ist im Laufe der Zeit kleiner geworden. In den Worten chinesischer Funktionäre ausgedrückt: „Der Strom versiegte.“ Daher können zum Tode verurteilte Häftlinge nur einen kleinen Bruchteil aller Transplantationsorgane liefern. 2015 verkündete China einen vollständigen Übergang zur freiwilligen Organspende. Unseren Berechnungen zufolge hätte die Anzahl an Personen, die sich als potentielle Organspender registrieren ließen, Ende 2017 für weniger als 20 Transplantationen die erforderlichen Organe bereitgestellt. Eine zweite Quelle freiwilliger Organspenden liegt bei nichtregistrierten Spendern in Krankenhäusern, in den Intensivstationen. Allerdings stützt die Anzahl gemeldeter Spenden aus den Provinzen nicht einmal die offizielle Zahl an Transplantationen, geschweige denn die tatsächliche Zahl

durchgeführter Transplantationen. Somit stammen die meisten für Transplantationen verwendeten Organe nicht aus dem nationalen Spenden- und Zuteilungssystem und können auch nicht daher stammen. Es muss also eine zweite Quelle für Organe geben. Und die Befunde zeigen, dass politische Häftlinge die Hauptquelle sind, unter ihnen Angehörige von Falun Gong, Uiguren und anderer religiöser und ethnischer Minderheiten. So ordnete die zentrale Führung der Kommunistischen Partei Chinas die Ausrottung von Falun Gong an, kurz bevor das Wachstum des Transplantationssystems einsetzte. Diese Kampagne wurde über die militärischen und zivilen Regierungsstellen einschließlich der Polizei, des Justizapparats und des Strafvollzugs durchgeführt. Infolgedessen wurden Anhänger von Falun Gong systematisch inhaftiert, gefoltert und gewaltsam Bluttests sowie anderen medizinischen Untersuchungen im Zusammenhang mit der Organfunktion unterworfen. Auch liegen uns Zeugenaussagen von Verwandten mutmaßlicher Opfer sowie anderer vermisster Personen und von Opfern selbst vor. Falun Gong ist weder die erste noch die letzte Gruppierung, die vom kommunistischen Regime Chinas verfolgt wird; aber sie ist die einzige Gruppierung, deren Auslöschung offen als Ziel verkündet wurde. Indem wir uns die Auslöschung von Falun Gong vor Augen führen, erhalten wir zugleich Einblicke in die Verfolgung anderer Glaubensgemeinschaften in China. Ich danke Ihnen.

Die **Vorsitzende**: Vielen Dank. Last but not least hat Prof. Pieke für fünf Minuten das Wort.

SV Prof. Dr. Frank N. Pieke (Direktor des Mercator Institute for China Studies): Sehr geehrte Frau Vorsitzende, sehr geehrte Damen und Herren, ich danke Ihnen, dass Sie sich die Zeit nehmen, mir zuzuhören. Chinas Religionspolitik gründet nach wie vor auf der Unterscheidung zwischen offiziell tolerierten Religionen, heterodoxen und potenziell gefährlichen Religionen sowie Anschauungen, die in die Kategorie „Aberglauben“ fallen. In China ist die Religionsfreiheit kein Grundrecht, sondern sie war und ist eine politisch kontrollierte und dosierte Gabe der Kommunistischen Partei



Chinas. Die offenkundige Unterdrückung in Xinjiang, von der viel zu hören ist, weicht daher radikal von diesem relativ wohlwollenden Ansatz ab und läuft ihm sogar zuwider. Sie gründet auf dem Einsatz von Gewalt, um die Uiguren zu assimilieren und zu zivilisieren, und sie bedient sich der Rede vom Extremismus, um die Uiguren als Staatsfeinde darzustellen. Ich möchte betonen, dass die Sorgen der Regierung im Hinblick auf Terrorismus legitim sind. Durch diese Politik wird jedoch eine ganze Kultur und Bevölkerung zum Feind gestempelt. Dieser neue Ansatz der chinesischen Regierung führt uns somit vor Augen, zu welchen Konsequenzen es führen kann, wenn wir der Islamfeindlichkeit freien Lauf lassen. Mehr als eine Million Uiguren und Angehörige anderer ethnischer Minderheiten werden oder wurden im Rahmen von Anti-Extremismusmaßnahmen in Xinjiang in regelrechten Umerziehungszentren festgehalten. Dies ist keine Einzelmaßnahme: Die Zahl der Verhaftungen, die Ausgrenzung religiöser Praktiken, die Schwächung der uigurischen und aller anderen Minderheitensprachen usw. haben stark zugenommen. Diese Maßnahmen wurden als Reaktion auf eine Reihe von Terroranschlägen – insbesondere in Kunming im Jahr 2014 – ergriffen. Sie wurden von der KPCh als notwendig erachtet, um die Stabilität zu gewährleisten und die Entwicklung Xinjiangs als regionalen Knotenpunkt für die Belt and Road-Initiative sicherzustellen. Doch spiegelt sich dies auch in der rhetorischen Verlagerung vom Kampf gegen Terrorismus und Separatismus hin zur Bekämpfung von Extremismus wider. In diesem Rahmen wird ein breites Spektrum normaler Verhaltensweisen verfolgt und sanktioniert, die ein Anzeichen für ein solches extremistisches Denken sein könnten, das viel mehr als nur Uiguren oder ausschließlich Moslems umfasst. Es ist wichtig zu sehen, dass China versucht, seine Aktionen als humane Form der Extremismusprävention neu auszurichten. Doch stellen die verdeckten Inhaftierungen und die damit einhergehenden Praktiken klare Verstöße sowohl gegen chinesisches nationales Recht – ein für uns sehr wichtiger Punkt – als auch gegen die UN-Menschenrechtskonvention dar, der China beigetreten ist. Zu diesem Punkt haben wir umfangreiches Belegmaterial vorgelegt. Inhaftierungen im Rahmen der so genannten

„Umgestaltung durch Umerziehung“ sind nach chinesischem Recht nicht legal, und jeder Medienbericht, der dies behauptet, ist falsch oder versucht, uns in die Irre zu führen. Eine Person kann nur auf der Grundlage eines vom Nationalen Volkskongress verabschiedeten formellen Gesetzes der Freiheit beraubt werden – eine Maßnahme, die Chinas Bemühungen um einen besseren Schutz der Menschenrechte und um normative Kohärenz zuwiderläuft. Daher unterspült die Kampagne in Xinjiang nicht nur internationale Normen und hat Auswirkungen in Drittländern, etwa in Europa, sondern wir haben es mit einem Vorgang zu tun, der dem eigenen rechtlichen und politischen System Chinas zuwiderläuft. Aber auch in Europa ist es wichtig für uns, wachsam zu sein. Denn der Einsatz analoger und digitaler Technologien in China im Zuge der Maßnahmen zur Überwachung von und Druckausübung auf Uiguren und Dissidenten im Ausland – all dies geschieht auch hier. Natürlich auch im Sinne einer Sammlung von Informationen, die über das chinesische Territorium hinausgeht. Abschließend möchte ich darauf hinweisen, dass der chinesische Export von Überwachungstechnologie schwerwiegende und bedeutende ethische Fragen aufwirft. Ausländische Unternehmen unterhalten Geschäftsbeziehungen zu chinesischen Unternehmen, die an diesen Maßnahmen beteiligt sind, was uns einen Hebel an die Hand gibt, um bei der chinesischen Regierung anzusetzen und effektiv Druck auszuüben. Denn hinter den Überwachungstechnologien und ihrer Markteinführung stehen Geschäftsinteressen – und dabei geht es um viel Geld, und Geld regiert die Welt, auch in China.

Die **Vorsitzende**: Herzlichen Dank, Prof. Pieke. Würden Sie ihr Mikrofon noch ausschalten? Danke. Wir sind am Ende unserer Eingangsstatements. Jetzt folgt die erste Fraktionsrunde. Wir beginnen mit der Unionsfraktion, Michael Brand (Fulda) würde die Fragen stellen und hat bis zu zwei Minuten für Fragen an bis zu zwei Sachverständige. Sie haben das Wort.



Abg. **Michael Brand** (Fulda) (CDU/CSU): Ich darf allen Sachverständigen im Namen der CDU/CSU ganz herzlich danken, ganz besonders aber möchte ich dem langjährigen Gesandten seiner Heiligkeit des Dalai Lama, Herr Gyaltsen, dafür danken, dass er heute hierhergekommen ist. An Sie richtet sich meine Frage. Denn es gibt sozusagen eine Blutspur, die in Tibet ihren Anfang hat und weiter führt nach Xinjiang zu den Uiguren. Dort wird mit modernster Technologie, mit künstlicher Intelligenz, gearbeitet, und es sind über 1,3 Mio. Menschen – so eine Schätzung – interniert. Wichtige weitere Themen sind auch der Umgang mit Christen, mit Anhängern von Falun Gong, die Laogai Lager oder der Organhandel. Im Übrigen irritiert es mich, Herr Schmidt-Glintzer, wenn jemand bei einer Anhörung des Menschenrechtsausschusses nicht eine einzige Menschenrechtsverletzung in China anspricht, sondern auf andere Felder ausweicht. Ich möchte auch die Gelegenheit nutzen, bevor ich meine Fragen stelle, eine Nachricht an die chinesische Botschaft zu senden – denn wir werden heute sicherlich auch Zuhörer aus der chinesischen Botschaft haben –, endlich ein neues Kapitel aufzuschlagen und in den Dialog mit uns zu treten. Denn das, was in China mit den Tibetern, den Uiguren, mit anderen Minderheiten wie den Christen oder den Falun Gong-Anhängern geschieht, das ist einer so großen und ehrwürdigen Kultur wie der in China nicht angemessen und nicht würdig. Wir brauchen den Dialog, der hier eingefordert worden ist. Meine erste Frage an Sie, Herr Gyaltsen, lautet, was mit der jungen Generation geschieht. Denn die weltliche und die spirituelle Führung der Tibeter hat in den vielen Jahrzehnten der brutalen Unterdrückung an ihrem Weg der Gewaltlosigkeit festgehalten. Wie sieht das heute bei der jüngeren Generation aus, auch angesichts der Selbstverbrennungen? Ich kenne im Übrigen kein Volk auf der Welt, das die Gewalt gegen sich selbst richtet. Wie groß muss die Verzweiflung eigentlich sein? Nun meine zweite Frage: Der Dalai Lama ist ja der Garant für die Gewaltlosigkeit, eine besondere Person auf unserem Planeten – er wird 84. Es gibt auch eine Diskussion über seine Nachfolge und vor allem über die Frage, ob uns nicht die Zeit wegläuft und ob wir nicht jetzt die Gelegenheit nutzen sollten, um gemeinsam mit den Unterdrückten an Peking

zu appellieren. Denn wenn die Zeit abgelaufen ist, was ist eigentlich dann? Wie ist Ihre Einschätzung dazu?

Die Vorsitzende: Herzlichen Dank, Herr Gyaltsen, Sie haben jetzt vier Minuten für die Beantwortung der Fragen.

SV Kelsang Gyaltsen (ehemaliger Sondergesandter des Dalai Lama in Europa): Was die junge Generation von Tibetern betrifft: Die heutigen Proteste in Tibet und auch die Selbstverbrennungsproteste werden von jungen Tibeterinnen und Tibetern, die unter 30/40 Jahre alt sind getragen. Es handelt sich um die Generation von Tibetern, die unter chinesischer Herrschaft geboren und aufgewachsen sind. 99 Prozent dieser Tibeter haben den Dalai Lama nie gesehen. Aber noch heute gibt die chinesische Regierung immer dann, wenn in Tibet ein Problem auftritt, dem Dalai Lama die Schuld. Wir Tibeter bedauern es auch sehr, wenn es zu diesen Selbstverbrennungen kommt, weil wir nicht wollen, dass unsere Menschen zu solch drastischen Protestformen greifen. Bis heute ist der tibetische Widerstand gewaltfrei geblieben. Dies gilt auch für die Selbstverbrennungsproteste. Denn diese Menschen versuchen trotz ihrer Verzweiflung, keinem Chinesen zu schaden, überhaupt anderen Menschen keinerlei Schaden zuzufügen, sondern durch ihren Protest eine Änderung der chinesischen Politik herbeizuführen. Ihr Protest richtet sich gegen das Unrecht, die Unterdrückung und die Willkür und nicht gegen Menschen. Wenn der Dalai Lama eines Tages nicht mehr da sein wird, werden die Probleme bleiben, weil sie wegen der falschen chinesischen Politik entstanden sind und nicht wegen des Dalai Lamas. Aber was dann fehlen wird, ist der besänftigende Einfluss des Dalai Lamas. Deshalb bereitet mir dieses Zukunftsszenario große Sorgen. Wir wollen nicht, dass unsere junge Generation zur Gewalt greift, um ihre Rechte zu erlangen. Was die Nachfolge des Dalai Lamas betrifft, ist natürlich ganz klar, dass die Tibeter, die religiösen Institutionen der tibetischen Religion und der Buddhismus diese Nachfolge menschenrechtskonform und selbstbestimmt entscheiden müssen und nicht die chinesische Regierung.



Die **Vorsitzende**: Vielen Dank, Herr Gyltsen. Würden Sie noch Ihr Mikrofon ausschalten? Ich sehe schon, Herr Delius ist schon ein Profi hier. Herzlichen Dank. Dann würde die AfD – ich vermute Herr Braun – die nächste Frage stellen. Sie haben das Wort, zwei Minuten.

Abg. **Jürgen Braun** (AfD): Frau Jensen, liebe Kollegen, sehr verehrte Experten, Sie haben richtig vermutet. Ich bedanke mich für die Anreise der vielen Experten aus unterschiedlichsten Gebieten, und ich denke, dass wir hier eine sehr interessante Zusammenstellung haben. Das nur mal kurz zum Anfang. Natürlich ist China ein großes und wichtiges Land, und daher ist Deutschland an partnerschaftlichen Beziehungen zu China interessiert. Aber wir von der AfD-Fraktion können nur sagen, dass Partnerschaft auch heißt, dass man Probleme klar anspricht und in der Partnerschaft benennt. Es gibt vielfältige Probleme in Bezug auf die Menschenrechte in China, und das betrifft die Tibeter, die Christen, die bisher kaum erwähnt wurden, und weitere Gruppen. Deswegen möchte ich an David Li eine Frage zum Organraub bzw. zum Organhandel stellen. Das ist ein Thema seit dem Jahr 2006, zu dem sich auch international bereits verschiedene Stimmen geäußert haben. Nach dem, was wir festgestellt haben, ist die Beweislage in den letzten Jahren eindeutiger geworden. Wir haben das auch bei einer Anfrage an die Bundesregierung festgestellt. Die Bundesregierung sieht das offenbar etwas anders. Welche Gruppen sind es, die vom Organraub besonders betroffen sind bzw. von diesen anderen schrecklichen Vorkommnissen? Welche Beweise oder Zeugenaussagen können Sie anführen bzw. wie reagiert das Transplantationssystem auf die Nachfrage, um hier diesen zynischen Begriff zu gebrauchen? Was ist hier wichtiger – die ideologische Kontrolle durch die Kommunistische Partei oder andere Dinge wie etwa wirtschaftliche Interessen? Worum geht es da, Mr. Li?

Die **Vorsitzende**: Herzlichen Dank. Herr Li, Sie haben vier Minuten Zeit für Ihre Antwort.

SV **David Li** (Mitarbeiter des China Organ Harvest Research Center): Beginnen wir mit der ersten

Frage nach den gesellschaftlichen Gruppen, die von der Organentnahme betroffen sind. Die uns vorliegenden Belege zeigen, dass Falun Gong und die Uiguren die am stärksten betroffenen Gruppen sind. Und es ist sehr wahrscheinlich, dass auch andere religiöse und ethnische Minderheiten betroffen sind. Mit Blick auf Transplantationen bei Bedarf basieren die uns vorliegenden Belege vor allem auf unseren Einsichten in Bezug auf die Wartezeiten im chinesischen Transplantationssystem und auf den Mangel an Spenden. Insgesamt ergibt sich eine große Diskrepanz zwischen der großen Zahl von verfügbaren Organen und der nur geringen Zahl von freiwilligen Spenden. Wie bereits in meiner Eröffnungsrede erwähnt, gibt der chinesische Staat offiziell an, dass die Zahl der durchgeführten Transplantationen in einer Größenordnung von 10.000 bis 15.000 pro Jahr liegt. Aus unseren Untersuchungen in Krankenhäusern geht hervor, dass allein zwei oder drei Krankenhäuser diese Zahl überschreiten könnten. Bereits 2007 hatten in China über eintausend Krankenhäuser die Berechtigung oder Genehmigungen beantragt, weiterhin Transplantationen durchzuführen. Das bedeutet, dass sie bereits Transplantationen durchführten und dass sie die Mindestzahl an Transplantationen überschritten haben, die die Regierung vorschreibt. Trotz fehlender Organspenden beobachteten wir durchgängig kurzfristige Wartezeiten. So schickte beispielsweise eine koreanische Fernsehstation 2007 einen Enthüllungsjournalisten in ein Transplantationszentrum nach China. Es war eines der größten Zentren Chinas, das über eine Ausstattung mit 500 Transplantationsbetten verfügte. Es wurde dort Wert auf engagierte Mitarbeiter gelegt, die für die Betreuung ausländischer Organtouristen zuständig waren. Sie hatten zahlreiche Patienten aus Korea, dem Mittleren Osten und Japan. Das Zentrum verfügte über spezielle Einrichtungen, darunter drei Etagen für internationale Transplantationen. Zudem hatte dieses Zentrum vor dem Eintreffen des Journalisten sieben oder acht Transplantationen durchgeführt. Folglich gibt es dort eindeutig eine umfangreiche organisierte Aktivität. Zu diesem Zeitpunkt lag die Erklärung chinesischer Funktionäre fast drei Jahre zurück, wonach es in China keinen einzigen Fall von



Transplantationstourismus gebe. Hierzu stellten wir die chinesischen Funktionäre letztes Jahr im Juli auf einer Medizinkonferenz zur Rede. Wir baten sie, das Videomaterial zu erläutern, das der Journalist mitgebracht hatte. Sie erklärten uns, für die Vorgänge sei die in dem Video zu sehende koreanische Krankenschwester voll verantwortlich. Es ist also ziemlich klar, dass sie nicht die Absicht hatten, über die Angelegenheit guten Willens zu diskutieren. Sie taten, was sie schon immer getan haben, nämlich den Vorgang als individuellen Straftatbestand zu bezeichnen und unter den Teppich zu kehren, anstatt gegen den systemischen Missbrauch tatsächlich vorzugehen. Was die Frage nach Geld oder Ideologie betrifft, meine ich, dass es zumindest für die Regierung Chinas bzw. für die Kommunistische Partei Chinas ziemlich deutlich geworden ist, dass der Aspekt der ideologischen Kontrolle die finanziellen Vorteile der Organentnahme überwiegt. Ich denke nicht, dass das Funktionieren der chinesischen Regierung von Einnahmen aus der Organtransplantation abhängt. Für die Ärzte und Krankenhäuser jedoch, die in diese illegalen Organtransplantationen verwickelt sind, ergeben sich finanzielle Vorteile. Seit 1999 betreibt die Kommunistische Partei eine Kampagne zur Beseitigung der spirituellen Praxis von Falun Gong. Die Organentnahmen sind nur ein Aspekt in einem Bündel von Maßnahmen wie Gefangennahme, Zwangsarbeit, Inhaftierungen und anderen Formen der Verfolgung.

Die **Vorsitzende**: Vielen Dank. Als nächster hat der Kollege Schwabe das Wort, zwei Minuten.

Abg. **Frank Schwabe** (SPD): Vielen Dank, Frau Vorsitzende. Wir haben jetzt gerade etwas gehört über die weltweite Lage, und die ist kompliziert. Natürlich ist China als ein großes Land und mittlerweile auch Weltmacht mit besonderen Herausforderungen konfrontiert. Trotzdem will ich an dieser Stelle noch einmal klipp und klar sagen: Wir haben Analysen zur Weltlage und auch eine Vorstellung davon, wer für was verantwortlich ist. Aber dieser Ausschuss hat das Ganze aus der Perspektive des Menschenrechtsschutzes zu betrachten, und zwar unabhängig davon, als wie bedeutend wir einzelne Länder einschätzen. Wenn wir die Lage

in China betrachten, ist völlig klar, dass es dort große Schwierigkeiten mit der Religionsfreiheit gibt, die quasi ein Synonym für Menschenrechtsverletzungen schlimmster Art ist. In der Tat haben wir ein Interesse daran, in den Dialog mit China zu treten, dafür ist es aber notwendig, dass die chinesische Seite Transparenz herstellt, mit Kritik vernünftig umgeht und uns zum Beispiel ermöglicht, ins Land zu reisen und uns von der Lage selbst ein Bild zu machen. Ich denke, es ist deutlich geworden, dass Religionen hier auf unterschiedlichste Art und Weise unterdrückt werden. Es geht eben nicht darum, zwischen guten oder schlechten Religionen auf der Welt zu unterscheiden, sondern es geht um Religionsfreiheit sozusagen als Leitmotiv. Ich habe Fragen an Herrn Pieke. Sie haben davon gesprochen, dass es auch nach chinesischem Recht illegal sei, Umerziehungslager zu betreiben und auch all das zu tun, was in Xinjiang passiert. Vielleicht können Sie noch einmal ausführen, wie man in China selbst dagegen vorgehen könnte. Und Sie haben gesagt, dass wir mit unserer Technologie am Ende dabei mithelfen, in China Unterdrückungsmechanismen zu etablieren. Was wäre eine konkrete Forderung, wie kann man damit umgehen? Und Herrn Li will ich Folgendes fragen: Sie haben eindrücklich geschildert, welche Evidenzen es dafür gibt, dass illegale Organentnahmen vorkommen. Was wären die konkreten Forderungen an China? Und wie könnte China umgekehrt diesem Vorwurf begegnen? Wieviel Transparenz müsste China herstellen, damit man im Dialog zwischen unseren Ländern vernünftig mit diesem Thema umgehen könnte?

Die **Vorsitzende**: Herzlichen Dank. Dann würde ich zunächst Herrn Pieke das Wort geben, vier Minuten, und dann an Herrn Li weitergeben.

SV **Prof. Dr. Frank N. Pieke** (Direktor des Mercator Institute for China Studies): Zunächst zu der Frage, welche Gesetze und Vorschriften tatsächlich im Widerspruch zu den derzeitigen Praktiken der Regierung stehen. Zwei getrennte Punkte: Der erste ist, dass die chinesische Regierung, wie ich gleich zu Beginn der Präsentation sagte, über eine langfristige



Religionspolitik und eine langfristige Minderheitenpolitik verfügt. Vieles an dieser Politik ist falsch, aber vieles an ihr ist auch richtig. Die Politik lässt ein beträchtliches Maß an Religionsfreiheit zu und gestattet es einer erheblichen Anzahl anerkannter Minderheiten, ihre Rechte geltend zu machen und so zu leben, wie sie es wünschen. Diese Politik ist seit langem etabliert und durchgängig institutionalisiert. Was aber momentan in Xinjiang geschieht, breitet sich auch auf andere Teile Chinas aus. Dort haben wir es mit anderen schwierigen Minderheiten und – sagen wir es so – anderen schwierigen Religionen zu tun. Eigentlich läuft es der traditionellen Minderheitenpolitik zuwider, was Xi Jinping und seine Freunde seit 2014, 2015 getan haben, weil es gegen ihre eigenen etablierten Institutionen und ihren politischen Rahmen verstößt. Dies ist Punkt eins. Punkt zwei besteht darin – was insbesondere die Umerziehungslager in Xinjiang betrifft –, dass sie gemäß chinesischem Recht illegal sind. Man kann eine Person nicht einfach so und ohne ordnungsgemäßes Verfahren verhaften. Auch hier hat das chinesische Rechtssystem Mängel, aber es hat auch sehr viele gute Seiten, und es ist ein echtes Rechtssystem, kein Papiertiger. Was die Regierung – oder vielmehr die Kommunistische Partei Chinas – hier tut, ist die Umwandlung eines wirklich guten Systems der Rechtsstaatlichkeit in einen Papiertiger. Das ist es, was hier passiert. Die Kommunistische Partei missachtet das gesamte Rechtssystem. Sie schiebt es regelrecht beiseite, wenn es nicht ihren Zwecken dient: das Strafrecht, das Verwaltungsrecht, das Prozessrecht usw. Wo es nicht ihren Zwecken dient, erklärt sie es schlicht für ungültig und übt das Recht der Kommunistischen Partei aus – auf der Grundlage eines alten leninistischen Prinzips, nämlich der Diktatur des Proletariats. Die Kommunistische Partei übt die Diktatur des Proletariats aus. Tatsächlich hat die Kommunistische Partei das Recht, die Rechtsstaatlichkeit außer Kraft zu setzen. Über dieses Recht verfügt sie auf der Grundlage dessen, was in der Präambel zur Verfassung steht. Streng genommen ist es also legal. Was die KPCh aber daraus macht, ist, dass sie ein ganzes Rechtssystem zum Erliegen bringt, indem sie behauptet, die Interessen der Partei – oder die Interessen der Partei, wie sie aktuell von ihr definiert werden – seien wichtiger als die Rechtsstaatlichkeit. Sie tut dies in diesem

besonderen Fall, aber auch in anderen Bereichen. Wir sehen hier also, wie sich die Kommunistische Partei Chinas wieder in den Mittelpunkt stellt, sich einmischt und Gesellschaft und Politik kontrolliert. Statt auf indirekte Weise zu herrschen, übt sie ihre Herrschaft nun in allen erdenklichen Lebensbereichen auf direkte Weise aus. Dabei ist dies nur ein Beispiel von vielen. Dies verleiht den aktuellen Vorgängen in der Volksrepublik China den Charakter des Illegalen.

Die **Vorsitzende**: Danke, Herr Pieke. Ich würde für die FDP-Fraktion die nächste Frage stellen. Entschuldigung, jetzt habe ich Herrn Li vergessen. Herr Li, Sie haben vier Minuten.

SV **David Li** (Mitarbeiter des China Organ Harvest Research Center): Ich denke, hinsichtlich der Zusammenarbeit oder eines Dialogs zwischen Deutschland und China müssen wir über den Gesamtzusammenhang der schweren Verbrechen nachdenken, die wir hier diskutieren. Die von den hier anwesenden Experten diskutierten Menschenrechtsverletzungen reichen von illegalen Inhaftierungen über Umerziehungslager bis hin zur Organentnahme, das heißt einem Massenmord an politischen Häftlingen, die sich keines Verbrechens schuldig gemacht haben, um an ihre Organe zu gelangen. In Anbetracht all dessen sollten wir meines Erachtens eine entschlossenere Haltung gegenüber China einnehmen. Im Verhältnis zwischen Deutschland und China, aber auch zwischen anderen Ländern und China lässt sich – sowohl auf Regierungsebene als auch auf der Ebene der Transplantationsberufe – eine gewisse Akzeptanz der von den chinesischen Behörden vorgelegten Zahlen und Daten feststellen. Viele dieser Daten haben sich als nicht korrekt erwiesen, und viele der Versprechungen, die die chinesische Seite bisher gegeben hat, wurden nicht eingehalten. Beispielsweise haben die chinesischen Behörden 2015 zum Thema Transplantation erklärt, dass sie das System vollständig auf freiwillige Spenden von zum Tode verurteilten Häftlingen umgestellt hätten. Was das Thema Transplantationstourismus angeht, sollten wir meines Erachtens ernsthaft darüber nachdenken – da die Regierung Chinas bisher keinerlei guten Willen gezeigt hat –, ob wir nicht mehr



überprüfbare Beweise für eine ethisch einwandfreie Herkunft der Organe in China verlangen sollten. Wir sollten dies tun, um die akademische Zusammenarbeit, den kommerziellen Austausch und andere Formen der Zusammenarbeit fortsetzen zu können. Wie den Gesprächen mit Ärzten auf einer Reihe medizinischer Konferenzen zu entnehmen ist, spielt sich in den USA zurzeit Folgendes ab: Als das Thema Organtransplantation in China 2006 erstmals international zur Sprache kam, erließen viele Transplantationsgesellschaften ethische Richtlinien. Denn wir wissen, dass die überwiegende Mehrheit der Organe in China nicht aus ethisch einwandfreien Quellen stammt. Es gibt den Standpunkt, dass wir mit den Chinesen nicht zusammenarbeiten sollten, bis sie das Gegenteil bewiesen haben. Wie ich soeben sagte, wurde diese Haltung inzwischen aufgeweicht. In den zurückliegenden Jahren kam es insbesondere nach den jüngsten Ankündigungen der chinesischen Regierung zu einem Wiederaufleben des akademischen Austauschs in der Form, dass chinesische Transplantationschirurgen eingeladen wurden, ihre Forschungen auf internationalen Konferenzen zu präsentieren. Letztes Jahr war ich auf einer solchen Konferenz, zu der ein überaus renommierter Lebertransplantationschirurg eingeladen war, der ein Paper präsentierte, dem zufolge er Hunderte von Lebertransplantationen durchgeführt hat. Die Publikation des Beitrags wurde jedoch letztlich von einer Zeitschrift abgelehnt, weil sich herausstellte, dass das betreffende Krankenhaus keine praktikable Möglichkeit gehabt hatte, diese Organe auf eine ethisch oder rechtlich einwandfreie Weise zu erhalten. Gleichwohl werden diese Ärzte, diese Chirurgen, weiterhin zu internationalen Foren eingeladen, um ihre Forschungen zu präsentieren. Am Ende stellt es sich für mich so dar, dass die offizielle Position Chinas in dieser Frage, die wir an sich für unzureichend halten, in gewisser Weise doch akzeptiert wird.

Die **Vorsitzende**: Danke, Herr Li. Ich würde gern an Herrn Isa eine Frage stellen. Sie haben schon über Ihr persönliches Schicksal als Uigure und auch über das Ihrer Familie in den letzten Jahren und Jahrzehnten gesprochen. Meine Frage wäre, ob Sie noch ein bisschen mehr zu diesen Hintergründen sagen können, auch weil Sie das in

Ihrer Stellungnahme nicht getan haben. Und ganz konkret: Gibt es Ihres Wissens Einzelpersonen oder Gruppierungen, die sich zum Beispiel für die Uiguren, aber auch für andere Minderheiten einsetzen, und dafür auch im Ausland, also zum Beispiel bei uns in Deutschland, in irgendeiner Weise verfolgt, abgehört oder eingeschüchtert werden? Der lange Arm Chinas, von dem wir hier schon gehört haben, reicht ja weit über die Grenzen des Landes hinaus. Meine Frage richtet sich an Herrn Michalski. Wir haben jetzt schon an der einen oder anderen Stelle gehört, wie Chinas Verfassung aussieht und dass der Artikel 36 zumindest für fünf Religionen Glaubensfreiheit garantiert. Die wird aber – und Herr Pieke sagte das auch – systematisch missachtet. Gibt es Untersuchungen darüber oder gibt es offizielle Verlautbarungen der chinesischen Regierung, die rechtfertigen, dass die eigene Verfassung missachtet wird, obwohl andere sich an die Verfassung halten müssen? Vielleicht können Sie darauf eingehen, und zwar auch im Hinblick auf das Prinzip der Vertragstreue, das ja auch in anderen Bereichen gilt. Dann würde ich jetzt zunächst Herrn Isa das Wort geben. Sie haben vier Minuten Zeit für die Antwort.

SV Dolkun Isa (Präsident des Weltkongresses der Uiguren): Ich danke Ihnen. In der Tat war Chinas Politik gegenüber den Uiguren und den Tibetern von Anfang an nicht sehr gut. Aber seit der Machtübernahme Xi Jinpings hat sich die Situation wirklich verschlechtert. Im Jahr 2016 wurde der ehemalige tibetische Parteisekretär Chen Quanguo zum Parteisekretär für die autonome Region Xinjiang ernannt. Als Parteisekretär in Tibet hatte er gegen die tibetische Bevölkerung brutale Mittel angewandt. Die Welt wurde Zeuge, wie sich damals mehr als 160 Tibeter selbst verbrannten. Im Jahr 2016 wurde er zum Parteisekretär der autonomen Region Xinjiang ernannt. Unter Nutzung seiner Erfahrungen in Tibet begann er mit der Unterdrückung der Uiguren. In einer ersten Phase errichtete er in der Hauptstadt Urumtschi zunächst 960 Polizeiüberwachungsstationen. In der gesamten Region errichtete er Kontrollpunkte. Tatsächlich verwandelte er die ganze Gegend in ein Freiluftgefängnis. Warum tat er das? Warum verhält er sich so? Es gibt eine auf Uiguren und Tibeter abzielende politische Maßnahme, die sich



niemals geändert hat: die Assimilationspolitik. Manchmal setzt die chinesische Regierung diese Politik auf sehr brutale Weise durch, manchmal auf aber auch auf gut kaschierte Weise. 2017 jedoch nahm Chen Quanguo die Maske komplett vom Gesicht ab und betrieb ganz offen die Zerstörung der uigurischen Identität. Im März oder April 2017 führte er das sogenannte Umerziehungslager ein, bei dem es sich in Wahrheit um ein Konzentrationslager des 21. Jahrhunderts handelt. Genaue Zahlen kennen wir nicht. Einigen Quellen zufolge sind dort zwei Millionen inhaftiert, andere Quellen sprechen von anderthalb Millionen Menschen. Wir gehen hingegen von mehr als drei Millionen Menschen aus, die aktuell in den Konzentrationslagern leiden. Berücksichtigt man den langen Arm der chinesischen Regierung, so betrifft die Verfolgung nicht nur die Uiguren und Kasachen in Ostturkestan. Sondern die chinesische Regierung versucht auch, Stillschweigen über den Aktivismus der Uiguren zu wahren. Außerdem nutzt die chinesische Regierung heute ihre Macht, um das internationale Menschenrechtssystem zu manipulieren. Ich hatte bei der Teilnahme an Menschenrechtskonferenzen der Vereinten Nationen selbst viele Schwierigkeiten. Erst letzte Woche war ich bei den Vereinten Nationen in New York. Dort bekam ich große Probleme, als ich eine Stellungnahme im Namen der Uiguren abgab. Chinas Gesandtschaft attackierte mich persönlich und warf mir vor, ich sei ein Terrorist; dabei habe ich in meinem ganzen Leben keine echten Gewehre und Bomben gesehen. Trotzdem beschuldigt China mich die ganze Zeit über, ein Terrorist oder dergleichen zu sein und. Somit können wir heute sagen, dass sich kein Uigure mehr sicher fühlt. Alle uigurischen Familien sind von der chinesischen Regierung bedroht. Mitunter ruft die Polizei in Deutschland, in Europa und überall in der Welt lebende Uiguren an und bittet sie, sich nicht an politischen Aktivitäten für die Uiguren zu beteiligen und fordert sie auf: „Bitte verhalten Sie sich zurückhaltend. Wenn Sie nicht ruhig bleiben, verfügen wir über Ihre Angehörigen als Geiseln.“ Mit derartigen Anrufen übt man Druck aus, damit sie ruhig bleiben. Im Ausland, darunter auch in Deutschland lebende Uiguren haben seit über zwei Jahren keinen Heimatkontakt mehr. Mein letztes Telefonat fand Mitte April 2017 statt. Alle in Deutschland und Europa

lebenden Uiguren befinden sich in einer ähnlichen Situation. Ich danke Ihnen.

Die **Vorsitzende**: Vielen Dank. Herr Michalski, Sie haben das Wort für vier Minuten.

SV Wenzel Michalski (Direktor von Human Rights Watch in Deutschland): Die Verfassung sieht solche Maßnahmen – wie auch Herr Pieke schon angedeutet hat – überhaupt nicht vor. Es gibt fünf Religionen in China, die offiziell erlaubt sind. Das sind Daoismus, Buddhismus, Islam, evangelisches und katholisches Christentum. Alle anderen sind böse Kulte, zum Beispiel wird auch das Judentum als böser Kult betrachtet, und die Anhänger dieser vermeintlichen Kulte haben kein Recht zur Ausübung ihrer Religion. Zugleich sind die anerkannten Religionen einer strengen Kontrolle unterworfen, obwohl in der Verfassung nichts dazu ausgeführt wird, dass man so verfahren darf, wie man verfährt. So werden zum Beispiel die Maßnahmen in Xinjiang unter dem Label der Terrorismusbekämpfung verbucht.

Es gibt die Kampagne der starken Hand – das ist das, was wir gerade in Xinjiang gerade erleben –, die es den Sicherheitskräften ermöglicht, jede freie Meinungsäußerung im Keim zu ersticken. Dies umfasst Maßnahmen wie das Entnehmen von DNA-Proben, das Scannen der Iris und die Erhebung weiterer persönlicher Daten. Ich hatte das vorhin schon erwähnt. Die Bundesregierung oder auch alle anderen Staaten der internationalen Gemeinschaft haben die Möglichkeit, China dafür zu kritisieren, weil es eben überhaupt nicht rechtmäßig ist. Das führt im praktischen Leben zu großen Absurditäten. Da vieles, was den Menschen vorgeworfen wird, nicht illegal ist, und sie dann illegaler Weise in ein Inhaftierungslager kommen, steht ihnen auch kein Rechtsmittel zur Verfügung. Sie können keinen Rechtsanwalt einschalten, weil sie nach chinesischem Recht gar keine Straftaten begangen haben. In Folge dessen besitzen die Insassen der Umerziehungslager keinen Anspruch auf rechtliches Gehör oder auf Anwälte. Das sind zum Beispiel Punkte, die andere Staaten oder auch die Bundesregierung bei Verhandlungen mit der chinesischen Regierung ansprechen sollten.



Deutschland ist – lassen Sie mich das an dieser Stelle sagen – im Vergleich zu vielen anderen Staaten immer noch ein relativ kritischer, meinungsstarker Staat gegenüber China. Wir erleben, dass innerhalb der EU solche Regierungen, die durch Populismus vernebelt sind, wie zum Beispiel Ungarn, Italien, Tschechien oder Polen, immer wieder ein Veto einlegen, wenn es um eine Kritik der EU an solchen Machenschaften geht. Da müssen wir neue und andere Wege finden, Mehrheitsentscheidungen vielleicht, die sicherstellen, dass auch innerhalb der EU oder innerhalb der Vereinten Nationen entsprechende Kritik geäußert werden kann. Danke.

Die **Vorsitzende**: Herzlichen Dank. Als nächster stellt Herr Brandt Fragen für DIE LINKE.

Abg. **Michel Brandt** (DIE LINKE.): Vielen Dank erst einmal für Ihre Berichte. Meine Frage geht an Herrn Schmidt-Glintzer. Vielen Dank auch für die sehr differenzierte Stellungnahme, die Sie uns haben zukommen lassen. Sie haben darin dargestellt, dass es keine kohärente Chinapolitik der Bundesregierung gibt. Viel mehr ist deren Politik gegenüber China laut Ihrer Stellungnahme von einem Krätemessen und einer Doppelmoral geprägt. Dazu habe ich einige Fragen. Sie erwähnen in Ihrem Text auch die Erfahrung Chinas mit Herabsetzungen und Demütigungen durch westliche Mächte, insbesondere furch Japan, Europa und die USA, die zu neuen sicherheitspolitischen Entscheidungen der KP Chinas geführt haben. Sehen Sie eine generelle Bereitschaft Deutschlands bzw. der Bundesregierung, sich über Wirtschaftsbeziehungen hinaus an China anzunähern? Und wie könnte Ihrer Meinung nach eine deeskalierende Politik der Bundesregierung aussehen, die dann vielleicht auch im Bereich der Menschenrechte mehr Gehör finden würde? Sie legen in Ihrer Stellungnahme dar, dass es auch in Deutschland bzw. in Europa bekanntermaßen vielerlei Nachholbedarf im Bereich der Menschenrechte gibt. Sie schreiben weiter: „Ein effektiver Minderheitenschutz in allen Teilen Europas einschließlich der Gewährung eigener kultureller und sprachlicher Eigenheiten wären das beste Vorbild für China, welches bekanntlich

seit über 100 Jahren in hohem Maße nach Europa schaut.“ Könnten Sie dies vielleicht noch etwas ausführen, was Sie genau damit meinen? Dann würde mich interessieren: Wie schätzen Sie die Wirksamkeit und Sinnhaftigkeit des deutsch-chinesischen Menschenrechtsdialoges ein und welche anderen Formate oder Zugänge könnten Sie sich vorstellen, um das Thema Menschenrechte mit China diskutieren und tatsächlich einen Dialog auf Augenhöhe führen zu können?

Die **Vorsitzende**: Herzlichen Dank. Herr Schmidt-Glintzer, Sie haben das Wort, vier Minuten.

SV **Prof. Dr. Helwig Schmidt-Glintzer** (Direktor des China Centrum Tübingen (CCT)): Vielen Dank. Zunächst einmal, um es voraus zu schicken: Verfassungsbruch und Menschenrechtsverletzungen sind überall auf der Welt zu brandmarken. Das gilt natürlich auch für Europa, und das gilt auch dann, wenn etwa der Internationale Gerichtshof in Den Haag daran gehindert wird, irgendwelche Menschenrechtsverletzungen in Afghanistan zu verfolgen usw. oder wenn von Rammstein aus Drohnen gesteuert werden, die auch Tötungen vollziehen. Natürlich reden wir hier über China und nicht über Europa und Amerika. Aber ich glaube, wir müssen das im Kontext betrachten. Wir gewinnen an Glaubwürdigkeit, wenn wir selbst zunächst auch und immer wieder vor unserer eigenen Türe kehren. Ich will das gar nicht ausführen, ich kann von vielen Ereignissen in den siebziger Jahren berichten, über Kriegsdienstverweigerer oder über Homosexuelle, die in den Selbstmord getrieben worden sind. Wir selbst haben also auch keine reine Weste, und so etwas wie Antisemitismus hat es in China, wo seit dem 8. Jahrhundert Juden gelebt haben, in dieser Form wie in Deutschland nicht gegeben. Die religiösen Traditionen in China sollte man sich also auch immer anschauen. Deswegen denke ich, dass wir dann, wenn wir in Europa unter Anerkennung kultureller Eigenheiten Vielfalt präsentieren, auch ein Modell für China sein könnten. Derzeit verfolgt China aber – da haben Sie vollkommen Recht – eine ausgesprochen strikte Sinisierungstrategie bzw. eine china-nationalistische oder Han-chauvinistische



Strategie. Das sehe ich auch, und das sehen auch viele Beobachter in China so. Lassen Sie uns daher mit den Kräften in China ins Gespräch kommen, die ein differenziertes China akzeptieren. Denn viele Chinesen wissen, dass das Land, historisch betrachtet, in seiner derzeitigen Ausdehnung in gewisser Weise überdehnt ist. Ich weiß, was ich damit sage. Sie können das alles nachlesen. Insofern glaube ich, dass wir dann, wenn wir den Menschenrechtsdialog auf dieser Ebene mit China führen, am ehesten glaubwürdig sind, bzw. wenn wir uns von allen Initiativen fernhalten, die China bedrohen oder verunsichern. Die Frage der Ein-China-Politik war in den 70er und 80er Jahren Konsens. Ich war in Taiwan und Chiang Kai Shek, den ich noch erlebt habe, hat mir seinerzeit das ganze China verspochen. Diese Politik der Kuomintang ist später aufgegeben worden. Das war ein langer Prozess. Ich glaube nur, dass wir diese Gespräche führen müssen und dass wir auch die Frage der Parallelgesellschaften, die es in einem so großen Land wie China gibt und die es in Europa auch weiter geben wird, nicht alle über einen Kamm scheren dürfen, wenn wir damit besser mit umgehen können wollen. Es ist eben abwegig, das gesamte China aus einer nationalen deutschen Perspektive in den Blick nehmen zu wollen. Und noch ein letztes: Die Organernte ist etwas Entsetzliches. Mir ist zu Ohren gekommen, dass die Organe von zum Tode verurteilten Straftätern ohne deren Zustimmung verwendet werden. Das ist einfach abstoßend, und ich kann nur hoffen, dass wir in Deutschland keine Zustimmungsregelung einführen werden, wonach Menschen, die nicht ausdrücklich widersprochen haben, sozusagen ausgeweidet werden können. Das sind Punkte, an denen wir die Menschenrechte stark machen können. Ich könnte noch mehr reden, aber ich denke, ich habe die Zeit schon ausgeschöpft.

Die **Vorsitzende**: Herzlichen Dank. Als Redner für die Grünen stellt jetzt Kai Gehring die Fragen. Würden Sie noch Ihre Mikrofone ausschalten? Danke. Herr Gehring.

Abg. **Kai Gehring** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Danke Frau, Vorsitzende, und auch ganz herzlichen Dank an die Sachverständigen und ihre klaren, offenen und auch sehr wichtigen Worte bzw. ihre teils wirklich bedrückenden Berichte und Analysen. Ich würde gern wieder die Universalität der Menschenrechte in den Fokus der Arbeit des Menschenrechtsausschusses rücken. Für die Grünen im Bundestag will ich zunächst feststellen, dass China leider eine lange unselige Tradition darin hat, Religionsgemeinschaften zu unterdrücken und Religion unter die absolute Kontrolle und in den Dienst des Staates zu stellen. Es ist erschreckend, wie brutal das Primat der Staatsideologie über die universellen Menschenrechte und auch über das Menschenrecht auf Religionsfreiheit gestellt wird. Das ist hochproblematisch aus Sicht jedes Demokraten und auch des Menschenrechtsausschusses. Ich möchte deshalb zunächst eine Frage an Herrn Michalski stellen. Sie hatten sich zu den Umerziehungslagern in Xinjiang mit seinen mehr als 1,5 Mio. Menschen oder Insassen geäußert und auch auf die massive digitale Überwachung hingewiesen. Wie beurteilen Sie Informationen, wonach die Umerziehungslager zunehmend den Charakter von Internierungs- und Zwangsarbeitslagern bekommen und dass dort verschiedene Formen von Folter angewandt werden? Inwieweit sollte die Bundesregierung auf der Basis dieser Erkenntnisse und Einschätzungen die Kohärenz ihrer Menschenrechts-, Außen- und Wirtschaftspolitik erhöhen und entsprechende Konsequenzen ziehen? Es gibt ja zurzeit intensive Diskussionen beispielsweise über die One Belt-, One Road-Initiative. Sie haben die Kohärenz Europas angesprochen, aber die Kohärenz der deutschen Politik würde mich hier auch interessieren. Meine zweite Frage richtet sich an Herrn Delius. Worin bestehen Ihrer Meinung nach die Unterschiede bei der Verfolgung und bei der staatlichen Rechtfertigung der Verfolgung der verschiedenen religiösen und weltanschauungsgebundenen Gruppen, vor allem der Uiguren, Tibeter, Christen und der Anhänger der Falun Gong-Bewegung und welche religiöse Gruppe wird mit welchem Narrativ gebrandmarkt? Wir haben Argumente wie das, dass es sich um ausländische Religionen handele oder dass die Maßnahmen der



Extremismusbekämpfung dienen, schon gehört. Hier würden uns eine genauere Einordnung und ein größerer Überblick sehr interessieren.

Die **Vorsitzende**: Herzlichen Dank. Dann hat zunächst Herr Michalski vier Minuten lang das Wort.

SV Wenzel Michalski (Direktor von Human Rights Watch in Deutschland): Wir haben Informationen über Folter in den Internierungslagern. Die ist dort weit verbreitet. Diese Erkenntnis beruht auf Informationen, die wir von Augenzeugen erhalten haben. Wir würden dem gern genauer nachgehen, aber wir werden ebenso wenig wie zum Beispiel Frau Kofler in die Region vorgelassen. Daher können wir uns das nicht genau anschauen. Das muss sich eben ändern. Zur Kohärenz der Politik der Bundesregierung: Wir erwarten von der Bundesregierung, dass sie Menschenrechtsfragen in allen Politikbereichen gegenüber China anspricht. Dafür ist es erforderlich, dass sich Vertreter der verschiedenen Ressorts regelmäßig treffen, um die Menschenrechtslage in China zu erörtern und um eine zwischen den verschiedenen Politikbereichen abgestimmte gemeinsame Position zu erarbeiten. Auch sollte die Verbesserung der Menschenrechtslage zur Bedingung für Fortschritte in anderen Politikbereichen gemacht werden. Zudem sollten vor und nach Ministerreisen nach China Experten aus der Zivilgesellschaft zur Menschenrechtslage in dem Land angehört werden. Deswegen ist es wunderbar, dass wir heute hier zusammensitzen. Nochmals vielen Dank dafür. Im internationalen Vergleich – das habe ich gerade schon erwähnt – setzt die Bundesregierung wesentlich stärker auf Menschenrechtsschutz in China als viele andere Länder. Meist fehlt es in den internationalen Gremien aber an verbündeten Staaten. Es wäre daher wichtig, dass Deutschland mit Ländern wie Ungarn, Italien und anderen europäischen Ländern spricht, damit eine Kohärenz der Politik gegenüber China zustande kommt. Wir brauchen mehr Engagement für eine internationale Koalition, es müssen sich Staatengruppen bilden. Konkret fordern wir von der Bundesregierung, dass sie sich für das Ende der Umerziehungslager einsetzt und für die Freilassung aller willkürlich Inhaftierten, dass die Menschenrechtslage der

religiösen Minderheiten mit chinesischen Regierungsvertretern auf allen Ebenen öffentlich wie in privaten Gesprächen angesprochen wird und dass die Bundesregierung in internationalen Gremien wie dem Menschenrechtsrat und als nichtständiges Mitglied im VN-Sicherheitsrat dabei eine Führungsrolle einnimmt. Als drittgrößter Geldgeber bei den Vereinten Nationen können wir es uns, glaube ich, leisten, hier eine Führungsrolle einzunehmen. Deutschland sollte wegen der Gräueltaten und der Massenüberwachung, die dort in der Region stattfinden, Sanktionen gegen den Parteisekretär für Xinjiang einfordern und verhängen sowie für andere führende chinesische Beamte. Die für schwerste Menschenrechtsverbrechen gegen religiöse Minderheiten und andere Gruppen Verantwortlichen müssen mit Sanktionen belegt werden. Die Bundesregierung soll auch von deutschen Unternehmen ihre Sorgfaltspflicht einfordern. Es geht nicht, dass der VW-Chef sich hinstellt und sagt, er habe noch nie etwas von Menschenrechtsvergehen in Xinjiang gehört, obwohl er dort ein Werk hat. Es geht auch nicht, dass Daimler einen Rückzieher macht und einen Werbespot mit dem Dalai Lama absetzt, nur weil es entsprechende Proteste von chinesischer Seite gegeben hat. Vor allem aber müssen die Firmen in ihrer Tätigkeit für die gesamte Lieferkette Verantwortung zeigen. Danke.

Die **Vorsitzende**: Herzlichen Dank. Dann hat jetzt Herr Delius für vier Minuten das Wort.

SV Ulrich Delius (Direktor der Gesellschaft für bedrohte Völker e. V.): Dankeschön. Man muss die Situation der verschiedenen religiösen Gruppen und ihre Verfolgung in der Volksrepublik China sehr differenziert betrachten. Zum einen gibt es Gruppen wie Falun Gong, die seit 20 Jahren Repressionen erleben – Repressionen in einem Ausmaß, wie ich es seit dem Ende der Kulturrevolution 1976 nicht erlebt habe. Diese Repressionen begannen schon frühzeitig, im Jahr 1999, und halten seither an. Ich habe selbst viele Berichte darüber geschrieben und mich mit der Frage auseinandergesetzt, was das für Leute sind, die nun meist in Administrativhaft genommen werden, um sie zu brechen, und die zum Teil drei, vier oder fünf Mal für jeweils drei Jahre in



diesen Lagern waren. Ich habe mir das in Shanghai genauer angeschaut. Das sind inzwischen alte Damen, also überwiegend ältere, betagte Frauen, die sich Falun Gong verpflichtet fühlen und die meinen, dass diese Organisation für ihr persönliches Wohl hilfreich ist und dass sie auch von den Meditationsübungen profitieren. Man versucht, diese Leute zu brechen, und hat dies systematisch betrieben. Es gibt noch weitere Gruppen wie zum Beispiel die Kasachen oder die Kirgisen, über die kaum jemand spricht. Auch sie sind Muslime, die von diesen schrecklichen Maßnahmen in den Umerziehungslagern in Xinjiang betroffen sind, weil eine große Zahl von ihnen dort inhaftiert ist. Die Uiguren blicken auf eine viel längere Zeit der Verfolgung zurück, und das ist wichtig hervorzuheben. Die Lager sind nicht vom Himmel gefallen, sondern stehen am Ende einer Kette von Maßnahmen, die schon seit 20 bis 25 Jahren andauern und die auf eine systematische Zerstörung ihrer Religion und die Einschränkung ihrer Religionsfreiheit abzielen. Zu den Maßnahmen zählt die Überwachung der Moscheen mit Sicherheitskameras ebenso wie die Vorschrift, dass Kinder während der Zeit des Ramadans essen müssen. Man versucht, die Menschen dazu zu bringen, dass sie ihrer Religion abschwören. Das gleiche erleben wir auch in Tibet seit Jahrzehnten. Dabei stellen wir immer wieder fest, dass die jungen Menschen dagegen halten. Sie halten zum Dalai Lama, obwohl er in der Öffentlichkeit fortwährend diskreditiert wird. Wir beobachten, dass die Maßnahmen der Verfolgung, obwohl sie ganz unterschiedlich ausfallen, letztlich das absolute Gegenteil erreichen, weil sie den Glauben der Leute eher stärken. Und wir haben den Eindruck, dass sich immer mehr Menschen den Religionen zuwenden, ganz gleich, um welche es sich handelt, ob es der Buddhismus, der Daoismus, Falun Gong oder der muslimische Glaube ist. Die Menschen suchen etwas, das sie in dem Angebot, das ihnen von staatlicher Seite präsentiert wird, nicht finden. Sie suchen nach einem Lebenskonzept, nach Sinn, nach irgendeiner Art von Kompass in ihrem Leben, weil das Wirtschaftsleben und das Gesellschaftsleben in China vielen von ihnen stark zusetzt. Das ist einer der Hauptgründe, weshalb die chinesische Kommunistische Partei Religionsanhänger so intensiv verfolgt und so repressiv gegen sie vorgeht. Sie hat offenbar den

Eindruck, dass hier ein tiefes Bedürfnis vorliegt, das sie nicht befriedigen kann und das ihr noch zu einem großen Problem werden kann, sofern es ihr nicht gelingt herauszufinden, warum immer mehr Menschen in die Kirchen und in die Moscheen etc. gehen. Ich denke, entscheidend ist, dass die Menschen auf Sinnsuche und auf der Suche nach dem sind, was ihnen dieser Staat und diese Partei nicht bieten können.

Die Vorsitzende: Herzlichen Dank. Wir sind am Ende unserer ersten Fraktionsrunde und würden jetzt zur zweiten übergehen. Und da hat für die Unionsfraktion der Kollege Heinrich das Wort. Zwei Minuten.

Abg. Frank Heinrich (Chemnitz) (CDU/CSU): Ganz herzlichen Dank. Ich möchte Fragen an zwei Sachverständige stellen. Danke, dass Sie uns teilhaben lassen. Die erste Frage richtet sich an Sie, Herr Delius. Sie haben in Ihrem Bericht sehr deutlich darauf hingewiesen, in welcher Form Verfolgung stattfindet und wie sehr die Gläubigen unter den Repressionen leiden. Und Sie schreiben auch – was uns sehr hoffnungsvoll stimmt –, dass manche der Repressionen nur bedingt wirksam sind und dass der Staat die Frage der Menschen nach dem Sinn nicht beantworten kann. Wie können wir auf diese Maßnahmen reagieren? Manchmal ist es eher schädlich, von außen Einfluss zu nehmen. Meine zweite Frage ähnelt der Frage von Herrn Gehring, daher möchte ich darauf verzichten, sie zu stellen. Ferner möchte ich wissen, welche Rolle in den Umerziehungslagern – nicht generell in China – die Sinisierung des Glaubens spielt. Könnten Sie Ihre Aussagen dazu noch vertiefen? Sie sprachen vorhin die katholische Kirche und das Konkordat an. Wie reagiert die katholische Kirche auf Ihren Einwand? Dann habe ich eine Frage an Sie, Herr Gyaltzen. Was können wir Ihrer Meinung nach in konkreten Fällen für Menschen tun, die inhaftiert worden sind? Denn manchmal ist es eher schädlich, wenn man deren Namen nennt, und in manchen Fällen ist es eher hilfreich. Wie können wir hier differenzieren? Und auch dazu eine zweite Frage. Es gibt inzwischen einen vom Auswärtigen Amt organisierten Austausch der Religionen, der bis jetzt zweimal stattgefunden hat und bei dem sich Muslime, Buddhisten, Christen,



also Vertreter verschiedenste Religionen, mit chinesischen Vertretern getroffen haben. Wie bewerten Sie diesen Austausch und sollten wir das weiter verfolgen oder sollten wir das auslaufen lassen? Dankeschön.

Die **Vorsitzende**: Herzlichen Dank, Herr Heinrich. Dann haben Sie, Herr Delius, gleich wieder das Wort. Vier Minuten.

SV **Ulrich Delius** (Direktor der Gesellschaft für bedrohte Völker e. V.): Ich fange vielleicht einmal mit dem letzten Punkt, dem Konkordat, an. Das ist noch immer sehr umstritten unter den katholischen Christen in China und auch insgesamt. In der Welt gibt es intensive Diskussionen, seitdem Papst Franziskus einiges unternommen hat, um eine Einigung mit der Volksrepublik China zu erreichen. Einer der wichtigsten Punkte war die Unterzeichnung eines Abkommens im September letzten Jahres. Dabei ging es darum, ob man sich auf ein Verfahren zur Bischofsernennung, ein großes Streitthema, einigen kann. Dann hatte man erwartet, dass wenige Wochen später das Konkordat abgeschlossen würde. Das ist bis heute aber nicht der Fall. Diese Tatsache stimmt mich jedoch, ehrlich gesagt, eher hoffnungsvoll, denn es wird in der Kirche zurzeit heftig darüber diskutiert, ob das der richtige Weg ist. Man verfolgt in der katholischen Kirche auf vielen Ebenen, wie die Reaktionen in China ausfallen, wie einerseits die Repressionen des Staates unvermindert weitergehen oder sich sogar noch verstärken und wie die Gläubigen darauf reagieren. Die große Trumpfkarte der katholischen Kirche war lange Zeit ihr moralischer Status. Ihr Vorteil war, eben nicht mit den staatlichen Stellen verbunden, sondern von ihnen unabhängig zu sein bzw. nicht direkt unter der Kontrolle der Regierungsbehörden zu stehen. Nun gibt es aber, auch unter den Katholiken, die Befürchtung, dass die katholische Kirche einen schweren Rückschlag erleiden könnte, wenn sie ein Konkordat abschließt, weil sich dann Christen von ihr abwenden und sagen könnten, die Kirche habe sie im Stich gelassen. Um es auf den Punkt zu bringen: Es gibt sehr eloquente Vertreter der katholischen Kirche, wie den ehemalige Kardinal Zen aus Hongkong, die das immer wieder

thematisieren, die aber letztlich solidarisch zum Papst stehen und ihm zubilligen, dass er die Richtung vorgibt. Wir beobachten also, dass es viele Diskussionen in der katholischen Kirche weltweit und in China darüber gibt, was der richtige Weg ist. Ist es jetzt richtig, den Eindruck zu vermitteln, dass die Situation sich positiv entwickelt oder wäre es nicht eher richtig zu sagen, dass jetzt nicht der geeignete Zeitpunkt ist, um einen solchen Vertrag abzuschließen. Was die religiöse Unterdrückung in den Erziehungslagern angeht, gibt es leider noch immer relativ wenig Auskünfte von Menschen, die die Lagerhaft selbst erlebt haben, in Freiheit gekommen und dann noch dazu bereit sind, darüber zu reden. Die meisten schweigen, weil sie einer Gehirnwäsche unterzogen worden sind und/oder aus Angst vor Repressalien gegen Familienangehörige. Diejenigen, die nicht schweigen, berichten alle davon, dass sie gezwungen wurden, religiöse Vorschriften wie Essensvorschriften, Bekleidungsvorschriften etc. zu missachten. Man will die Menschen zu areligiösen Menschen machen, und dafür ist die Lagerhaft eben eine der Maßnahmen. Nun zu der dritten Frage, wie wir reagieren sollen. Wir werden immer wieder von unseren Partnern aus den Kirchen und Religionsgemeinschaften aufgefordert, die Verfolgungen anzusprechen und öffentlich darüber zu berichten, auch international. Es ist uns nicht damit geholfen, wenn wir die Fiktion aufrechterhalten, dass es eine freie Religionsausübung in der Volksrepublik China gibt. Wir brauchen zumindest moralisch die Unterstützung von Kirchen, Religionsgemeinschaften, Menschenrechtsorganisationen, Regierungen aus aller Welt. Wir werden nur dann vorankommen, wenn es auch in China eine offene Diskussion darüber gibt, wie man künftig mit Religion umgeht. Das Thema steht definitiv ganz oben auf der Agenda der Politik, sonst würde es nicht so viele Repressionsmaßnahmen geben. Aber wir müssen eben weiterhin auch international für Öffentlichkeit sorgen.

Die **Vorsitzende**: Herzlichen Dank. Dann hat Herr Gyaltsen jetzt das Wort. Vier Minuten, bitte.

SV **Kelsang Gyaltsen** (ehemaliger



Sondergesandter des Dalai Lama in Europa): Zuerst einmal zu der Frage nach politischen Gefangenen in Tibet. Zu meinen Kontakten und Gesprächen mit ehemaligen politischen Gefangenen in Tibet kann ich Folgendes sagen: Ihre Erfahrung war, dass es ihnen sehr geholfen hat, wenn man im Ausland von ihnen gehört, über sie gesprochen oder auch Resolutionen verabschiedet hat. Das hat einerseits dazu geführt, dass sie bis zu einem gewissen Grad vor Misshandlungen geschützt waren. Und die chinesischen Bewacher im Gefängnis sind in ihrem Umgang mit ihnen auch viel vorsichtiger als im Umgang mit anderen Gefangenen, von denen niemand spricht und über die das Ausland keinerlei Informationen hat. Aus diesem Grund würde ich sagen, dass es für die politischen Gefangenen wichtig ist, dass ihr Schicksal im Ausland thematisiert wird. Im Übrigen kennen Sie das als Europäer aus jener Zeit, als ein Teil von Europa unter einer kommunistischen Diktatur lebte. Beispielsweise hat der ehemalige tschechische Präsident Havel immer gesagt, wie hilfreich es gewesen sei und was für eine große Inspiration es ihm gegeben hat, als er im Gefängnis saß bzw. als er als Dissident in Prag lebte, dass in den westlichen Demokratien über Charta 77 gesprochen wurde und dass im Westen bekannt war, was diese Leute durchmachen mussten. Genau das Gleiche gilt für die politischen Gefangenen in China, für die chinesischen Demokratie- und Menschenrechtsaktivisten und auch für Uiguren und Tibeter. Es wird versucht, uns weiß zu machen, dass es schädlich ist, wenn man Druck auf China auszuüben versucht oder wenn man Menschenrechtsverletzungen und Lage von politischen Gefangenen thematisiert. So wird es gezielt von der chinesischen Seite aus propagiert. Wir wissen ja, wieviel Geld die chinesische Regierung ausgibt, um ihr Ansehen in der Welt zu verbessern. Jährlich geben die Chinesen 1,3 Mrd. aus, um ihre Fernsehstation im Ausland – Radio China International – zu unterhalten, die ständig in vielen Sprachen sendet – und auch die Konfuzius-Institute, die bekannt sind in der ganzen Welt. All dies, weil es für die chinesische Führung wichtig ist, wie die Welt sie sieht. Deshalb ist es eine vorgeschobene Warnung von Chinesen oder sogenannten Chinaverstehern, wenn sie sagen, seid vorsichtig, das hilft nicht,

sondern das schadet. Dann zu den religiösen Gruppierungen. Ich bin immer dafür, dass man das Gespräch mit den chinesischen Gruppen sucht. Denn es sind ja die Chinesen, die diese Gespräche verweigern. Wo immer es eine Gelegenheit gibt, mit Chinesen – seien es religiöse Gruppen, seien es Studenten oder Geschäftsleute – ins Gespräch zu kommen, sollte man sie nutzen. Dann wurde gefragt, was man von Deutschland aus tun könnte. Ich denke, die chinesischen Journalisten, chinesische Regierungsdelegationen und Parlamentarier können in der ganzen Welt frei herumreisen, auch hier in Deutschland. Aber warum können die deutschen Parlamentarier das nicht tun? Also deshalb, warum verlangt man hier nicht Reziprozität?

Die Vorsitzende: Herzlichen Dank, Herr Gyaltzen. Würden Sie noch Ihr Mikrofon ausschalten? Perfekt. Herzlichen Dank, dann hat Herr Braun als nächster das Wort. Zwei Minuten.

Abg. **Jürgen Braun** (AfD): Wir haben hier von den Experten einiges Interessantes gehört, es ist ein vielschichtiges Bild entstanden, und wir haben immer mehr erschreckende Dinge erfahren. Es ist klar, dass wir darauf bestehen, dass bestimmte Regeln eingehalten werden müssen. Ich habe zwei Fragen, beide an Herrn Li, zum Thema Organentnahme/Organraub. Hier geht es letztlich um das Leben im Einzelfall. Das ist nicht irgend so ein Fall, bei dem jemand seine zweite Niere freiwillig loswird, sondern es geschieht eben gegen dessen Willen. In welchem Ausmaß betrifft das welche Gruppen? Wer ist wie davon betroffen? Das würde mich interessieren. Meine zweite Frage betrifft die sehr seltsame Entwicklung des Umgangs mit der Falun Gong-Bewegung, die ja zunächst von der Kommunistischen Partei Chinas durchaus gefördert wurde. Offenbar sah man anfangs in diesen harmlosen Handlungen auch einen Vorteil im Hinblick auf Arbeitseinstellungen und Ähnliches. Dann wurde die Haltung der Regierung kritischer, so ab Mitte der 90er Jahre – und 1999 kam dann das Verbot. Wie kam es zu dieser Kehrtwende, Herr Li? Was ist da ursächlich aus Ihrer Sicht, und wie erklären Sie sich, dass die kommunistische Partei Chinas innerhalb weniger Jahre ihren Kurs völlig gewandelt hat und



nun knallhart gegen die Bewegung vorgeht?

Die **Vorsitzende**: Herr Li, Sie haben vier Minuten für Ihre Antwort.

SV **David Li** (Mitarbeiter des China Organ Harvest Research Center): Zur ersten Frage bzw. zu dem Ausmaß, in dem verschiedene Gruppen betroffen sind. Um die Dinge ein wenig ins rechte Licht zu rücken: Als die Kommunistische Partei 1999 ihre Kampagne gegen Falun Gong begann, gab es 100 Millionen Falun Gong-Praktizierende in China, die davon betroffen waren. Darauf werde ich später zurückkommen, wenn wir über den Einstellungswandel sprechen. Zumindest seit Beginn der Verfolgungen gibt es überall in China Zentren für Hirnwäsche, Gefangenenlager oder Gefängnisse. Nach Schätzungen des US-Außenministeriums handelte es sich in den zurückliegenden 20 Jahren mindestens bei der Hälfte der 250.000 in Umerziehungs-Arbeitslagern internierten Personen um Falun Gong-Anhänger. Nun zum Einstellungswandel der im Hinblick auf Falun Gong anfänglich positiv eingestellten Kommunistischen Partei. Zum Hintergrund muss man Folgendes wissen: Falun Gong wurde im Jahr 1992 erstmals der Öffentlichkeit vorgestellt. In den ersten Jahren unterstützte die chinesische Regierung diese Bewegung, weil sie erkannter Ansicht war, dass deren Praxis viele gesundheitliche Vorzüge hätte und damit auch zu Einsparungen bei den medizinischen Kosten führe. Funktionäre äußerten sich dazu, wie viel Geld dadurch in Chinas Medizinsektor eingespart werde. Es wurden auch Gesundheitserhebungen durchgeführt, die zeigten, dass die überwiegende Mehrheit der Menschen, die Falun Gong praktizieren, von einer erheblichen oder vollständigen Genesung von Krankheiten berichtete. Meines Erachtens wurde Falun Gong von der Regierung anfänglich als Qigong-Praktik angesehen. So wie die Menschen Tai Chi und andere Techniken praktizieren, um ihr gesundheitliches Wohlergehen zu steigern, verbesserten die Menschen ihre Moralität auf der Basis der für Falun Gong typischen Werte wie Wahrhaftigkeit, Barmherzigkeit und Toleranz. Dies galt sogar noch nach Beginn der Verfolgungen. Im Jahr 1996 kam es jedoch erstmals in den staatlich kontrollierten Medien zu

einem Angriff der Regierung auf Falun Gong. Zu dieser Zeit begann die Regierung auch damit, Praktizierende auf Übungsplätzen zu überwachen und sie zu belästigen, während sie Übungen im Freien machten. In den 1990er Jahren konnte man in fast jedem öffentlichen Park Hunderten von Personen dabei zusehen, wie sie ihre Übungen machten und meditierten. Ungefähr zur gleichen Zeit verbot das chinesische Propagandaministerium Publikationen von Falun Gong, obwohl diese damals Bestseller waren. Um das Jahr 1996 herum fand also auf Seiten der Regierung ein umfassender Einstellungswandel statt. Der Hauptgrund liegt unseres Erachtens in der Angst des autoritären Regimes vor jedwedem Glauben an eine andere Autorität als an die Kommunistische Partei. Wir haben dies auch bei der Verfolgung anderer Religionen an anderen Orten gesehen, wo mehr Menschen praktizieren. Im Fall von Falun Gong stieg die Zahl der Anhänger in nur wenigen Jahren von Null auf 70 Millionen, nach Regierungsinformationen sogar auf 100 Millionen. Die Führung der Kommunistischen Partei sah dadurch ihre ideologische Kontrolle über die Menschen bedroht. Daher erging 1999 von heute auf morgen ein Befehl, mit dem das Startsignal für Festnahmen von Praktizierenden gesetzt wurde. Der damalige Präsident Jiang Zemin gab die Anweisung, den Ruf der Anhänger von Falun Gong zu ruinieren, sie finanziell zugrunde zu richten und physisch zu vernichten. Dies war der Beginn der Kampagne, und damals gingen viele Polizisten und andere Verantwortliche straffrei aus, wenn sie Praktizierende in Gefangenen- und Arbeitslagern zu Tode prügelten.

Die **Vorsitzende**: Vielen Dank! Dann würde ich als nächsten Kollegen Herrn Schwabe für die SPD aufrufen. Sie haben zwei Minuten.

Abg. **Frank Schwabe** (SPD): Vielen herzlichen Dank. Ich will noch einmal Herrn Pieke befragen. Sie haben darauf hingewiesen, dass wir möglicherweise auch mit deutscher Technologie dazu beitragen, die Überwachungsmaßnahmen in Xinjiang durchzuführen. Vielleicht könnten Sie – ich habe das vorhin schon einmal gefragt – noch einmal ausführen, ob man nicht politisch darauf hinwirken müsste, dass eine solche Kooperation



unterbleibt. Außerdem hatten Sie darauf hingewiesen, dass es diese Umerziehungslager auch nach chinesischem Recht eigentlich nicht geben dürfte. Gibt es eigentlich in China irgendeine Form von öffentlicher Problematisierung solcher Menschenrechtssituationen? Wie weit kennt die Öffentlichkeit solche Situationen überhaupt? Und gibt es irgendeine Art von Bewegung, die solche Überwachungsmechanismen kritisiert oder zur Diskussion stellt? Oder sieht die chinesische Öffentlichkeit das gar nicht als so problematisch an, wie wir es hier – auch mit Pro und Kontra – diskutieren?

Die **Vorsitzende**: Herzlichen Dank. Prof. Pieke, Sie haben das Wort.

SV Prof. Dr. Frank N. Pieke (Direktor des Mercator Institute for China Studies): Bitte verzeihen Sie, dass ich Ihre zweite Frage nicht beantwortet habe. Ich war derart in meinen Redebeitrag vertieft, dass ich sie einfach vergessen habe. Ich dachte nicht so sehr an deutsche oder andere westliche Unternehmen in Xinjiang, die dort investieren oder etwas zur Technologie beitragen – auch wenn dies natürlich ein wesentlicher Aspekt ist oder sein könnte; und jemand hat hier auch schon etwas dazu gesagt. Ich dachte eher an chinesische Unternehmen, die stark am Aufbau dieser Infrastruktur beteiligt sind, zum Beispiel an IT-Unternehmen, mit künstlicher Intelligenz beschäftigte Unternehmen oder andere dazugehörige Unternehmen. Eine Sache, die wir versuchen könnten, besteht darin, es diesen Unternehmen (wenn wir sie denn identifizieren können, was vielleicht nicht so einfach ist) nicht zu gestatten, in Deutschland zu operieren, bis sie damit aufhören, zu diesen Maßnahmen in Xinjiang beizutragen. Das ist nur eine Sache, die wir versuchen könnten. Ich unterbreite dies nur als einen Vorschlag. Zu der Frage, inwiefern die Praktiken in den Erziehungs- oder Umerziehungslagern wie Überprüfung, Überwachung und Kontrolle im Allgemeinen moralische Probleme aufwerfen, ist zunächst zu sagen, dass in Bezug auf die Vorgänge in Xinjiang ein großer Mangel an Informationen besteht. Die Menschen wissen ganz einfach nichts darüber, weil es nicht in die Medien gelangt. Es besteht

Zensur, deshalb ist es den Leuten nicht bekannt. Allerdings bekommt auch die Han-chinesische Bevölkerung in Xinjiang den Druck dieser Technologien und Maßnahmen zu spüren. Und Berichten zufolge widerstrebt ihnen dies. Sie sind unzufrieden und sehen es als einen Eingriff in ihre Freiheit an. Als Folge davon beobachten wir bereits eine Auswanderungsbewegung von Han-Chinesen aus Xinjiang in die inneren Provinzen. Dies ist offenkundig der Preis, den die Regierung dafür zu zahlen hat, dass sie über alle Gebühr hinaus so hart gegen die Uiguren vorgeht. Gleichwohl habe ich nicht den Eindruck, dass die Han-chinesische Bevölkerung in Xinjiang grundsätzlich Einwände gegen die schlechte Behandlung der Uiguren hat. Die Kluft zwischen den Uiguren und den Han-Chinesen ist sehr tief. Und aus meiner eigenen Erfahrung kann ich berichten, dass Chinesen – auch die in den inneren Provinzen lebenden Chinesen – die Minoritäten nicht als ihresgleichen ansehen. Das zeigt sich auch, wenn sie über sie sprechen. Häufig unterstützen sie entschieden die Regierung, sofern diese gegen subversive oder terroristische Aktivitäten vorgeht. Auch diesen Aspekt gibt es. Ein letzter Punkt: Zur generellen Einstellung der Bevölkerung zur Überwachung oder auch zum Sozialkreditsystem ist Folgendes zu sagen: Wir sollten nicht den Fehler machen, unseren eigenen westlich-liberalen Standpunkt auf die chinesische Bevölkerung zu projizieren. Grundsätzlich ist die chinesische Bevölkerung nicht von vornherein gegen mehr Überwachung, wenn diese ihren Zielen dienlich ist. Dies wird auch durch Untersuchungen deutscher Wissenschaftler bestätigt. Man erkennt in der Überwachung ein Mittel, um eine lebenswertere Gesellschaft zu schaffen – eine sicherere Gesellschaft mit weniger Kriminalität, in der die Menschen, die ihre Steuern zahlen, die ihre Strafen bezahlen oder gar nicht erst zu Strafzahlungen verurteilt werden und die sich als gute Bürger aufführen, angemessen oder besser behandelt werden als angebliche Faulenzer oder Leute, die nicht so viel zum Gemeinwesen beitragen. Insbesondere in der chinesischen Mittelklasse ist eine Haltung verbreitet, die diese Art von Überwachung der Allgemeinbevölkerung zulässt. Aber die Leute sitzen gewissermaßen auch zwischen den Stühlen, weil ihnen bewusst ist, dass die Regierung diesen Zustand sehr



schnell missbrauchen könnte. Für viele ist das letzte Wort also noch nicht gesprochen, doch scheint mir, dass die Menschen aufs Ganze gesehen meinen: Lasst es uns einmal ausprobieren und schauen wir, was dabei herauskommt, denn es könnte zu unserem Vorteil sein.

Die **Vorsitzende**: Perfekt. Ich möchte eine Frage für die FDP-Fraktion stellen und würde sie gern an Herrn Gyaltsen richten. Sie sprachen gerade die Reziprozität an. Meines Wissens gibt es in den USA seit Dezember letzten Jahres ein Gesetz, den sogenannten „Reciprocal Access to Tibet Act“, der es dem US-Außenministerium ermöglicht, denjenigen Vertretern der chinesischen Behörden die Einreise in die Vereinigten Staaten zu erschweren oder zu verweigern, die nachweisbar mitverantwortlich für Zugangsbeschränkungen nach Tibet sind. Ist dieses Gesetz Ihres Wissens schon zur Anwendung gekommen, und wie effektiv schätzen Sie das Gesetz ein? Vielleicht können Sie uns einen Rat mit auf den Weg geben, wie wir als Menschenrechtsausschuss oder wie auch unsere Kollegen in anderen Ausschüssen den Dialog mit China führen sollten. Denn am Ende wollen wir alle erreichen, dass ein Dialog geführt wird. Das haben nicht nur Herr Schwabe oder Herr Brand gesagt, sondern das eint uns hier alle, und das haben auch Sie bestätigt. Aber wie erreichen wir das? Und speziell – schafft dieses Gesetz in den USA eine Möglichkeit dazu? Dann haben Sie jetzt vier Minuten Zeit.

SV **Kelsang Gyaltsen** (ehemaliger Sondergesandter des Dalai Lama in Europa): Es ist noch zu früh, um sagen zu können, wie sich das Gesetz, das Sie beschrieben haben, auswirkt, ob es sich positiv auswirkt oder nicht. Aber die Intention dieses Gesetzes ist nicht, irgendwelche chinesischen Beamten zu sanktionieren, sondern amerikanischen Journalisten, Politikern und Bürgern – vor allem aber auch tibetisch-amerikanischen Bürger – die ungehinderte Einreise nach Tibet zu ermöglichen. Wenn das ohne irgendwelche Sanktionsmaßnahmen möglich ist, dann hat man sein Ziel erreicht. Im Moment wissen wir nicht, wie sich die neue Gesetzeslage auswirken wird, aber wir sind davon überzeugt, dass sich dann, wenn andere Länder, etwa in Europa, dem amerikanischen Beispiel

folgen und sich einer solchen Maßnahme anschließen würden, auch eine entsprechende Wirkung erzielen ließe. Im Übrigen ist es nicht nachvollziehbar, warum man nicht entsprechend reagieren sollte, wenn chinesische Journalisten, Touristen und Regierungsdelegationen überall in Deutschland und Europa herumreisen können, im Gegensatz dazu aber ein deutscher Journalist oder eine Delegation des Bundestages keine Einreisegenehmigung für Tibet bekommt. Ganz wichtig ist in diesem Zusammenhang – auch mit Blick darauf, was Deutschland tun könnte – dass man dann, wenn man sich entschieden hat, gegen eine bestimmte Menschenrechtsverletzung zu protestieren, solange nicht damit aufhören sollte zu protestieren, bis eine Änderung herbeigeführt worden ist. Wenn man aber, weil die Chinesen nicht reagieren oder keine Antwort geben, mit der Zeit zum nächsten Thema übergeht oder die ganze Sache fallen lässt, dann ermutigt man die chinesische Seite, die Einwände des Bundestages nicht ernst zu nehmen. Deshalb glaube ich, dass konsequente und beharrliche Bemühungen sehr wichtig sind. Ein weiterer wichtiger Punkt ist vorhin von Herrn Isa erwähnt worden. Zum Beispiel ist die chinesische Seite bestrebt, bei Sitzungen des VN-Menschenrechtsrats die Rolle der Nichtregierungsorganisationen zurückzudrängen. Und da, glaube ich, ist es wichtig, dass die westlichen Nationen, die Demokratien, eine gemeinsame Position einnehmen und dagegenhalten. Vor allem Deutschland als einer der großen Geldgeber hätte da großen Einfluss. Die Rolle der Nichtregierungsorganisationen in solchen Menschenrechtsorganisationen ist sehr wichtig für unterdrückte und verfolgte Menschen. Denn meistens sind es Menschenrechtsorganisationen, die als erste diese Themen aufnehmen, während sich die Regierungen dem später anschließen. Deshalb sollte die Rolle der Menschenrechtsorganisationen nicht minimiert werden.

Die **Vorsitzende**: Herzlichen Dank. Dann hat für die Fraktion DIE LINKE die Kollegin Nastic für zwei Minuten das Wort.



Abg. **Zaklin Nastic** (DIE LINKE.): Ja, vielen Dank. Ich glaube, wir sind uns alle einig darin, dass wir zur Religionsfreiheit und zu den Menschenrechten stehen, und zwar für alle Religionen und vor allen Dingen für alle Menschen, die ihre Religion in friedlicher Absicht ausüben möchten. Ich würde gerne auf einen Aspekt näher eingehen. Herr Pieke, Sie haben gesagt, wir dürfen unsere liberalen Ansichten nicht eins zu eins auf China übertragen. Da gebe ich Ihnen völlig Recht, weil sonst müsste ich von der Bundesregierung verlangen, dass sie das auch im Falle von Saudi-Arabien tut, eines Landes, in dem man sich schon freut, wenn Frauen Autofahren dürfen. Wir könnten ja mal über Meinungsfreiheit, Religionsfreiheit und erst Recht über Menschenrechte in Saudi-Arabien sprechen – das wäre vielleicht mal ein Thema für eine der nächsten Anhörungen. Mich würde das deswegen interessieren, weil natürlich Minderheiten und Religionen aus meiner Sicht alle ihre Daseinsberechtigung haben, in China genauso wie hierzulande. Und es ist ein Zeichen von Doppelmoral, wenn man nur auf andere zeigt. Herr Schmidt-Glintzer, Sie hatten ja gesagt, man muss selbst vorlegen, statt nur Feindbilder zu bedienen. In den vergangenen Jahren gab es ja viele Diskussionen über die Uiguren. Natürlich haben die Attentate zur Verschärfung der Lage beigetragen. Es ist bei uns in Europa übrigens auch so, dass nach Attentaten bestimmte Polizeigesetze und andere Maßnahmen verschärft werden. Es spielt dabei auch eine Rolle, dass ungefähr 5000 Uiguren beim IS gekämpft haben und dann als Gefahr gesehen werden, wenn sie zurückkehren. Wie schätzen Sie die Separatismusbewegungen ein, deren Aktivitäten immer auch von bestimmten Menschen instrumentalisiert werden und die in den betreffenden Ländern die Sorge vor einem Regime Change auslösen. Das ist eine Gefahr, die es immer gab und immer wieder gibt, auch in China. Wie schätzen Sie das ein: Würden eine Regime Change oder eine Realisierung der Ziele von solchen Bewegungen den Menschen wirklich mehr Menschenrechte bringen, und welche Rolle spielen dabei geostrategische und Wirtschaftsinteresse? Vielen Dank, Herr Professor Schmidt-Glintzer.

Die **Vorsitzende**: Ging die Frage an Herrn Pieke? Ja. Entschuldigung. Zwei Sachverständige sollen

befragt werden, alles klar. Dann würde ich zunächst Herrn Prof. Pieke für vier Minuten das Wort erteilen und dann weitergeben.

SV **Prof. Dr. Frank N. Pieke** (Mercator Institute for China Studies): Eine sehr gute Frage. Wenn man sich einmal anschaut, wie wir im Westen den Terrorismus wahrnehmen – und es ist schrecklich, es so auszudrücken –, dann ist bei uns eine gewisse Toleranz für den Tod zu verzeichnen. Wir sind offenbar bereit, ein gewisses Risiko für Terroranschläge als Preis für die Freiheit zu zahlen. In China ist diese Toleranz gleich Null. Daher besteht für die Regierung in der Frage ihrer Legitimität ein akutes Risiko, wenn auch nur ein Anschlag passiert. Dies ist einer der Gründe, warum man in der Frage des Terrorismus in China so rigoros ist. Er wird als direkte und tödliche Bedrohung für die eigene Legitimität und somit für das eigene Überleben angesehen. Hier liegt ein wesentlicher Unterschied zwischen liberalen Demokratien und autoritären Regimes. Die Wahrnehmung von Terrorismus und der politische Preis, den sie für die Zulassung von Terrorismus zahlen können, sind in diesen beiden politischen Systemen sehr unterschiedlich. Das ist eine Sache, die wir meiner Meinung nach berücksichtigen sollten. Die zweite Sache, die ich erwähnen möchte, betrifft einen allgemeineren Punkt, nämlich den Umstand, dass die Kommunistische Partei Chinas – obwohl die Menschen dies denken – nicht unbedingt aus doktrinären Gründen ein großes Problem mit der Religion hat. Sie hat kein großes Problem damit, dass die Menschen an etwas glauben, woran die Kommunistische Partei nicht glaubt. Die Kommunistische Partei reagiert nur dann allergisch, wenn sie auf religiöse Organisationen stößt, deren Tätigkeit ihre politische Hegemonie bedroht. Deshalb ging sie so heftig gegen Falun Gong vor. Es hatte nichts damit zu tun, woran diese Leute glaubten oder sagten; es hatte etwas damit zu tun, was sie demonstrierten, mit Hunderttausenden von Chinesen, die auf die Straße gingen. Das war die Bedrohung, und sie reagierten sofort und unglaublich hart. Das Gleiche gilt für die Uiguren. Sie haben nichts gegen die Uiguren, sie haben nichts gegen den Islam, aber sie haben etwas gegen alles, was ihr Überleben, ihr politisches System oder ihre Legitimität bedroht. Derlei hat es in China schon



immer gegeben. Wenn man ins Kaiserreich zurückblickt, dann war die Religion nie ein Problem. Entscheidend war der Unterschied zwischen gefährlicher und nicht gefährlicher Religion. Und diese Zweiteilung wird in der Volksrepublik China bis heute vorgenommen.

Die **Vorsitzende**: Danke sehr. Herr Schmidt-Glitzer, Sie haben jetzt für vier Minuten das Wort.

SV Prof. Dr. Helwig Schmidt-Glitzer (China Centrum Tübingen (CCT)): Ich brauche nicht zu wiederholen, was Herr Pieke gesagt hat. Ich stimme dem voll zu, er hat es richtig beschrieben. Was ich hinzufügen kann, ist, dass China eben – verglichen etwa mit Europa – ein unkonsolidiertes, ein fragiles Land ist. Die Demonstrationen von Falun Gong haben dort Erinnerungen an Taiping Tianguo ausgelöst, also an den größten Bürgerkrieg des 19. Jahrhunderts mit 50 Millionen Toten. Die Chinesen haben Angst, dass dort ein neuer Bürgerkrieg ausbricht, getragen von chiliastisch orientierten Menschen. Die Form der Gemeinschaftsbildung und der Aggregation der Gesellschaft haben in China eine eigene Geschichte und weisen bestimmte Besonderheiten auf. Wenn Sie Max Webers Religionssoziologie und die Passagen über religiöse Gemeinschaftsbildung lesen, dann können Sie einige Begriffe finden, die geeignet sind, um dies besser zu verstehen. Es sind Gemeinschaften, die sehr protestbereit sind. Jedes Jahr gibt es in China über 200 öffentlich registrierte Proteste gegen missbräuchliche Landnutzung und so weiter. Das heißt, dort existiert eine dynamische Gesellschaft, die nicht leicht zusammenzuhalten ist. Dies legitimiert keinerlei Gewaltanwendung des Staates, aber wir sollten dies zunächst einmal verstehen und genau hinschauen. Auch die Aussage, dass alle Religionen außer den fünf offiziellen verfolgt werden, stimmt so nicht. Die Minderheiten können ihr Brauchtum pflegen, auch wenn das natürlich in letzter Zeit schwieriger geworden ist. Die Experten sagen, es ist komplizierter geworden, da gibt es viele Sorgen, das ist mir auch klar, und das müssen wir auch sehen und darüber müssen wir sprechen. Aber – letzter Satz, wenn ich noch darf – ich glaube, dass wir diese neue Dynamik

eher positiv sehen und dass auch wir in Europa versuchen müssen, Europa besser zu gestalten. Ich habe darüber schon vor 20 Jahren geschrieben und die Meinung vertreten, dass wir voneinander lernen können. China könnte von uns manches lernen, vielleicht aber auch umgekehrt. Das ist ein Menschheitsentwicklungsprozess, den wir alle mitverfolgen und bei dem wir Fehler, die wir immer noch sehen, vermeiden könnten. Deswegen denke ich: Alles, was dazu angetan ist, die fragile Situation in China zu verschärfen und zu verunsichern, ist kontraproduktiv. Die Missstände und das Unrecht, wie etwa das Organ Harvesting und so weiter, müssen angeprangert werden; und ich bin der Erste, der das mitunterschreibt. Aber ich bin dagegen, dies in ein weltpolitisches oder geopolitisches Machtkalkül, wie Steven Bannon das gerade gestern wieder geschrieben hat, einzufügen, um China zu zerstören. Das wäre die falsche Entwicklung und menschheitsgeschichtlich eine Katastrophe. Wir haben andere Aufgaben. Vielleicht sollten wir damit aufhören, die Märkte in Afrika kaputtzumachen und so weiter, um die Migration nicht immer weiter zu befördern. Das heißt, wir haben genug zu tun, um Gutes in der Welt zu fördern. Jedenfalls halte ich diese – mit Verlaub – kriegsvorbereitende Rhetorik für ganz fatal.

Die **Vorsitzende**: Herzlichen Dank. Dann kommen wir jetzt zu Frau Bause, die für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zwei Minuten lang Fragen stellen wird.

Abg. **Margarete Bause** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ich sehe keinerlei kriegsvorbereitende Rhetorik heute hier bei uns in diesem Raum.

SV Prof. Dr. Helwig Schmidt-Glitzer (China Centrum Tübingen (CCT)): Das habe ich auch nicht gesagt.

Abg. **Margarete Bause** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Sondern es geht uns darum...



SV **Prof. Dr. Helwig Schmidt-Glintzer** (China Centrum Tübingen (CCT)): Steven Bannon ...

Abg. **Margarete Bause** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Wenn Menschenrechtsverletzungen in China an der Tagesordnung sind, dann ist es unsere Aufgabe, dem entgegenzutreten und zu prüfen, was wir tun können in Deutschland, in Europa als Staatengemeinschaft, die die Allgemeine Erklärung der Menschenrechte unterschrieben hat, um diesen Rechten zur Durchsetzung zu verhelfen. Meine Fragen gehen an Herrn Michalski und an Herrn Delius. Herr Michalski, Sie haben sehr eindrucksvoll die Technologien zur totalen Überwachung beschrieben. Aus meiner Sicht existiert dort ein Technologie-Faschismus. Sie haben davon gesprochen, dass diese Technologie auch als Exportartikel gedacht ist. Gibt es denn Informationen oder Hinweise darauf, in welche Länder China diese Totalüberwachungstechnologien möglicherweise exportieren will? Zweite Frage: Sie haben von der Notwendigkeit einer internationalen Koalition von Staaten gesprochen, die sich zusammenschließt, um China gegenüber Menschenrechtsfragen deutlich anzusprechen. Welche Partner sehen Sie da? Sie haben auch auf die Schwierigkeiten hingewiesen. Aber welche Partner sehen Sie für eine solche Koalition? Und meine dritte Frage: In Ihrem schriftlichen Statement haben Sie davon gesprochen, dass religiös Verfolgte Asyl gewährt werden sollte. Welche Informationen haben Sie dazu? Welche Länder gewähren Asyl und welche nicht? Dann eine Frage an Herrn Delius: In Ihrem schriftlichen Beitrag haben Sie von dem Positiv-Beispiel eines Gesetzesentwurfs des US-Kongresses gesprochen, dem „Uyghur Human Rights Act“, der sich im Entwurfsstadium befindet. Was beinhaltet dieser Entwurf und was können wir davon lernen? Wäre er übertragbar auf Deutschland oder die EU? Und meine letzte Frage an Sie: Die Konfuzius-Institute in Deutschland wurden schon erwähnt. Welche Rolle spielen diese Institute nach Ihren Informationen und nach Ihrer Einschätzung in Bezug auf die Vermittlung chinesischer Standards, aber auch möglicherweise bei der Durchsetzung chinesischer Zensur?

Die **Vorsitzende**: Herzlichen Dank. Jetzt haben zunächst Sie, Herr Michalski, vier Minuten lang das Wort.

SV **Wenzel Michalski** (Direktor Human Rights Watch Deutschland e.V.): In Deutschland erhalten Uiguren oder andere in China aus religiösen Gründen verfolgte Menschen Asyl. Das ist natürlich zu begrüßen. Es ist aber sehr viel interessanter, welche Länder kein Asyl gewähren. Dazu gehören interessanterweise die Anrainer-Staaten, zum Beispiel Kasachstan. Menschen, die dorthin geflohen sind, darunter auch Kasachen, werden wieder zurückgeschickt. Das widerspricht den Genfer Flüchtlings-Konventionen und überhaupt jedem menschlichen Gebaren. Zur Frage nach den Partnern für Koalitionen: Dafür bieten sich viele verschiedene an. Ich könnte mir vorstellen, dass die islamischen Staaten oder auch die Organisation Islamischer Staaten eine Koalition bilden könnten, wenn es zum Beispiel um die Verfolgung von muslimischen Minderheiten in Xinjiang geht. Da sehen wir allerdings noch nichts. Das ist aber etwas, das man auf internationaler Ebene bei dieser Organisation anfordern könnte. Ähnliches gilt für die Vereinten Nationen. Die Zustände in China, vor allem in der Region Xinjiang, wären eigentlich ein Thema für den VN-Sicherheitsrat. Da China aber immer ein Veto einlegt, passiert nichts. Deswegen müssen sich andere Staaten zusammenfinden. Wie ich vorhin gesagt habe, ist hier die Bundesrepublik gefordert als ein Land, das sich immer noch traut – wenn ich dieses Wort benutzen darf – diese Probleme öffentlich anzusprechen. Andere Länder wie Italien, Frankreich oder Großbritannien – das völlig im Brexit-Wirrwarr versunken ist – sprechen Menschenrechtsverletzungen nicht mehr so stark an, wie sie das mal getan haben. Im Übrigen weiß ich nicht – mir liegen keine Informationen dazu vor –, wohin die Technologie exportiert wird. Ich weiß auch bisher noch nicht, inwieweit deutsche Technologie nach China exportiert worden ist. Wir arbeiten aber mit einer ganzen Reihe von Organisationen daran, eine internationale Exportkontrolle für Überwachungstechnologie zu etablieren. Diese halten wir für nötig, weil sie in den Händen der falschen Regierung, wie zum Beispiel in China, als Instrumente genutzt werden können, um Menschen zu verhaften, in Lager zu



stecken und zu foltern. Deswegen brauchen wir eine europäische und dann eine internationale Exportkontrolle für Überwachungstechnologie. Und natürlich auch eine Importkontrolle. Das war es.

Die **Vorsitzende**: Herzlichen Dank, Herr Michalski. Dann haben Sie, Herr Delius, jetzt das Wort für vier Minuten.

SV **Ulrich Delius** (Gesellschaft für bedrohte Völker e.V.): Danke. Der Uyghur Human Rights Act ist eine wichtige Initiative; der Kongress der USA hat hier eine Leitfunktion weltweit. Ich kenne keinen anderen Staat, der so weit geht in seinem Engagement für die Menschenrechte der Uiguren und natürlich auch in Bezug auf die Umerziehungslager. Man möchte mit diesem Act einerseits erreichen, dass das Problem der Straflosigkeit angegangen wird und dass wir erst einmal einen Überblick bekommen, wer sich in diesen Lagern befindet. Sie haben das an den Zahlen ablesen können, die von verschiedenen Experten genannt worden sind: Wir tapen bei vielem noch im Dunkeln. Es gibt noch kein richtiges Register, in dem alle erfasst sind und aus dem zum Beispiel Familienangehörige entnehmen könnten, was mit ihren Eltern oder Geschwistern in Xinjiang geschehen ist, zu denen sie seit zwei oder drei Jahren keinen Kontakt mehr haben – ein Register, in dem diese Menschen ihre Namen angeben könnten und die Namen der Verschwundenen, damit man überhaupt einmal einen Überblick bekommt. Denn den wird man nicht von den Behörden der Volksrepublik China bekommen. Wir müssen erfahren, wie viele Menschen genau in den Lagern inhaftiert sind und seit wann sie dort sind, damit man dieser enormen Repression ein Gesicht geben kann. Das ist einer der Hauptansätze. Aber es gibt natürlich auch andere Ansätze. So könnte man über Sanktionen nachdenken und zum Beispiel das Wirtschaftsministerium auffordern zu erwägen, welche gezielten Sanktionen möglich wären gegen diejenigen, die für dieses Lagersystem in der Volksrepublik China verantwortlich sind. Die zweite Frage betraf die Konfuzius-Institute in Deutschland: Wir haben uns in den letzten Jahren ebenso wie andere Menschenrechtsorganisationen mit diesen Instituten intensiv auseinandergesetzt.

Es ist ein schwieriges Thema. Was wir hier in Deutschland vermissen, ist eine öffentliche Diskussion über das Wirken von Konfuzius-Instituten an deutschen Universitäten, die ja schließlich von den jeweiligen Bundesländern finanziert werden. Wir erleben häufig, dass Konfuzius-Institute an deutschen öffentlich-rechtlichen Universitäten etabliert werden und dass infolgedessen dann oft heikle, sensible Themen wie die Menschenrechtslage in Tibet, die Lage der Falun Gong-Bewegung, die Situation der Uiguren zu Non-Themen werden. Diese Institute werden häufig an den sinologischen Fakultäten etabliert. Und wir verfolgen es eben schon mit einiger Sorge, dass es in der deutschen Sinologie nur wenig kritische Auseinandersetzung mit den Schattenseiten der Volksrepublik China gibt. Das mag auch an den Fördermaßnahmen liegen. Generell tun sich die Universitäten schwer im Umgang mit den Konfuzius-Instituten, denn sie sind im Prinzip der verlängerte Arm des chinesischen Propagandaministeriums, und sie können hier vollkommen frei operieren. Wir haben uns an alle Länderregierungen in Deutschland gewandt, in denen es Konfuzius-Institute gibt, und diese danach gefragt, ob sie einmal die arbeitsrechtliche Situation der Mitarbeiter geprüft haben, die nach dem deutschen Landesbesoldungsgesetz entlohnt werden, aber zugleich Mitarbeiter von Arbeitgebern in China sind. Wessen Anweisungen haben sie zu befolgen? Wir haben ferner gefragt, wie die Länder mit Lernmaterialien umgehen. Werden die irgendwann einmal darauf hin überprüft, ob sie in Ordnung sind oder kann damit vollkommen frei operiert werden? Das ist ein unbearbeitetes Thema, und wir wünschten uns – ohne da irgendeine Vorverurteilung auszusprechen – eine öffentliche Diskussion an den Universitäten über die Rolle dieser Institute, so wie sie auch in Kanada, den USA, Großbritannien und anderen Ländern geführt wird.

Die **Vorsitzende**: Herzlichen Dank. Wir sind am Ende unserer zweiten Fragerunde. Wir haben uns unter den Fraktionen verständigt, dass wir eine kürzere dritte Runde machen, bei der jeweils nur ein Sachverständiger befragt wird. Ihnen würden aber nach wie vor vier Minuten für die Beantwortung zur Verfügung stehen. Dann wollen



wir keine Zeit verlieren, und Herr Altenkamp hat für die Union das Wort.

Abg. **Norbert Altenkamp** (CDU/CSU): Vielen Dank für Ihre Ausführungen in den ersten beiden Fragerunden; da bleibt für die letzte Runde gar nicht mehr so viel zu fragen übrig. Und was ich auch schon gelernt habe durch die guten Stellungnahmen, die Sie zu den Fragen der Fraktionen abgegeben haben: In China wird offenkundig alles unterdrückt, was irgendwie nach parallelgesellschaftlichen Strukturen aussieht, und es wird alles bekämpft, was aus chinesischer Sicht die Harmonie stört. Daher wird dort zwischen gefährlichen und nicht gefährlichen Gemeinschaften unterschieden. Aber so eine Unterscheidung ist ja auch manchen Fraktionen hier im Deutschen Bundestag nicht fremd. Insofern spreche ich noch einmal etwas an, was mich irritiert hat, nämlich die Fragen 11 und 12 der Fraktion DIE LINKE. im Fragenkatalog. Was verschiebt sich da? Wer ist da jetzt der Chinaversteher oder der Religionsverstehrer? Meine Frage richtet sich an Herrn Michalski. Wir erleben in Europa zunehmend die Tendenz eines aufkeimenden Populismus. Wird das eigentlich in China positiv beurteilt, weil man sich damit einem gewissen Rechtfertigungsdruck entziehen kann? Sprich: Ermutigen solche Tendenzen in Europa wie die Islamophobie und ähnliches die Chinesen in ihrem Handeln?

Die **Vorsitzende**: Herzlichen Dank. Herr Michalski, Sie haben das Wort.

SV **Wenzel Michalski** (Direktor Human Rights Watch Deutschland e.V.): Die Maßnahmen und die Rhetorik, die die Chinesen in der Region Xinjiang anwenden, ähneln stark den islamophobischen Ausfällen rechtspopulistischer Parteien oder Politiker hier in Europa und im Westen. Die Maßnahmen, die dort getroffen werden, übersteigen allerdings alles Akzeptable, weil es weit über die Rhetorik hinausgeht. Also da müssen wir schon unterscheiden. Denn wir haben es dort mit einem totalitären Regime zu tun, das eine totalitäre Überwachung der Menschen aufgebaut hat, die man schon fast als perfekt bezeichnen könnte. Die Menschen leben in einem

dystopischen Albtraum wie in einer Science Fiction, und dies vermittelt einen Vorgeschmack darauf, was auch in anderen Ländern irgendwann mal eintreten könnte, wenn man dem jetzt nicht sofort international einen Riegel vorschiebt. Also natürlich ist auch hier bei uns – und das wird immer wieder von dem einen oder anderen angedeutet – nicht alles Gold, was glänzt. Aber dieser Whataboutism, also die Gegenfrage „Was ist denn eigentlich bei euch los oder was ist in anderen Ländern los, warum wird das denn nicht kritisiert?“, die soll eigentlich immer nur davon ablenken, dass man über ein bestimmtes Land, über ein bestimmtes Thema spricht. Denn das, was dort in China geschieht, übersteigt alles, was wir sonst mit dem Wort Islamophobie verbinden. Das Motiv ist wahrscheinlich auch gar nicht die Islamophobie, es geht einfach nur um die Unterdrückung einer Religion aus Angst davor, dass dort ein paralleles Machtgefüge entstehen könnte oder eine separatistische Bewegung, die man dann irgendwann nicht mehr unter Kontrolle hat. Deswegen die Unterdrückung.

Die **Vorsitzende**: Herzlichen Dank. Herr Braun hat für die AfD das Wort.

Abg. **Jürgen Braun** (AfD): Ja, es gibt vieles zu bedenken, vor allem wenn ich so manchen Klimmzug rhetorischer Art erlebe, wie Dinge miteinander verglichen werden, die nichts miteinander zu tun haben. Etwa wenn irgendein amerikanischer Milliardär meint, irgendwo Politik machen zu müssen, und dies ohne Legitimation und ohne dass er beim Namen genannt wird. Trotzdem meint man, immer auf Ungarn einschlagen zu müssen. Das finde ich schon etwas primitiv, und das lässt tief blicken in das Wesen der Organisationen, die Gelder aus dieser Quelle erhalten.

Abg. **Kai Gehring** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Meinen Sie Trump?

Abg. **Jürgen Braun** (AfD): Wen denn sonst, bitte, wen denn sonst? Also jetzt meine zwei Fragen an Herrn Li: Ich wäre sehr daran interessiert, etwas über das persönliche Schicksal von Betroffenen zu erfahren, und was Sie im Hinblick auf das Thema



Organentnahmen im Rahmen Ihrer Untersuchungen festgestellt haben. Vielleicht haben Sie auch ein Zitat von Zeugen, mit dem wir die Sache konkretisieren können? Die zweite Frage ist natürlich, was die Politik tun kann und welcher politischen Auffassung sie ist. Man muss ja gegen solche Vorgänge vorgehen können, und natürlich sind Gespräche, ist der Dialog wichtig, auch wenn das in vielen Fällen wenig gebracht hat. Gleichzeitig stellt man beim Thema Tibet fest, dass das Problem zwar seit Generationen international bekannt ist, dass aber die Proteste bis heute leider wenig erfolgreich waren. Dennoch: Was ist zu tun? Ich denke an die großen Summen von Geld, die China in Deutschland in wirtschaftliche Projekte investiert. Was empfehlen Sie, was sollte man tun, um diese Vorgänge nach Möglichkeit abzustellen und nicht nur darüber zu informieren?

Die **Vorsitzende**: Herr Li, Sie haben vier Minuten zur Verfügung.

SV **David Li** (Mitarbeiter des China Organ Harvest Research Center): Im Zuge unserer Untersuchung haben wir mit mehreren Zeugen gesprochen, darunter waren auch Verwandte von Opfern oder mutmaßlichen Opfern von Organentnahmen. Einer unserer Fälle war eine 52-jährige Frau. Ihrem Mann wurde eines Tages telefonisch mitgeteilt, sie sei in eine Haftanstalt gebracht worden, weil sie an Falun Gong praktiziert habe. Und während dieser Haft wurde sie ins Krankenhaus gebracht. Drei Tage später erhielt ihr Mann dann einen Telefonanruf mit der Nachricht, sie sei gestorben. Als ihre Verwandten in der Leichenhalle des Krankenhauses ankamen, bemerkten sie, dass ihre Hände und Füße noch warm waren, ihr linkes Auge war sichtlich eingefallen und lila-schwarz, und um ihre Taille war ein Verband gewickelt. Laut Zeugenaussage flossen ihr Tränen aus den Augen, als die Verwandten aufschrien. Somit war klar, dass sie noch lebte, obwohl man sie bereits in die Leichenhalle gebracht hatte. Die Verwandten riefen nach Ärzten, um sie zu retten, um sie wiederzubeleben, und es kamen Ärzte. Sie brachten einen Elektrokardiographen mit und stellten fest, dass ihr Herz noch schlug. Doch anstatt irgendetwas zu unternehmen, entfernten

die Ärzte den Elektrokardiographen und gingen. Anschließend wurden die Verwandten aus dem Raum geführt. Von dem Zeitpunkt an durften sie sie nicht wiedersehen. Am dritten Tag nach diesem Vorfall verstarb sie schließlich. Der Ehemann veröffentlichte später einen Online-Beitrag, in dem er den Verdacht äußerte, dass seine Frau ein Opfer der Organentnahme geworden war; aber auch Familienmitglieder wurden verhaftet. Wie es auch in anderen Fällen von Opfern von Organentnahmen berichtet wird, wurde ihr Körper ohne Zustimmung der Familie verbrannt. Schließlich gab der Ehemann seinen Glauben an Falun Gong auf, den auch er zuvor praktiziert hatte. Später wurde er von den Behörden gezwungen, den Fall seiner Frau nicht weiter zu verfolgen. Er wurde in ein Zentrum für Gehirnwäsche gebracht und gefoltert. Sein Körpergewicht sank von 187 auf 110 Pfund. Dann verstarb er plötzlich. Ein medizinischer Gutachter dokumentierte, dass der Mann an einer Vergiftung gestorben war. Dies ist einer von mehreren Fällen, die wir in unserem Bericht untersucht haben. Was können wir gegen diese Verbrechen unternehmen? Ich denke, dass die Kontrolle der öffentlichen Wahrnehmung zu den Dingen gehört, die bei der Kommunistischen Partei höchste Priorität genießen. Wir haben das anhand ihrer Einmischung in Gesetzgebungsverfahren in anderen Ländern gesehen. Beispielsweise bereitete sich der US-Bundesstaat Kalifornien vor ein bis zwei Jahren darauf vor, eine Resolution zur Verurteilung der Organentnahmen in China zu verabschieden. Unmittelbar vor der Abstimmung gab es eine Anzahl von Telefonanrufen von Bediensteten des chinesischen Konsulats, die mit Blick auf die Geschäftsbeziehungen Drohungen aussprachen. Sie sagten: „Wenn Sie diese Resolution verabschieden, wenn Sie dieses oder jenes sagen, dann entgehen Ihnen Geschäftsabschlüsse, und das wird Ihnen politisch schaden.“ Sie nutzten derartige Drohungen, um sicherzustellen, dass auch andere Länder diese Angelegenheit nicht zur Sprache bringen. Gerade deshalb sollte man meines Erachtens darüber reden, damit mehr Menschen davon erfahren.

Die **Vorsitzende**: Vielen Dank. Als nächster Kollege hätte Herr Schwabe das Wort.



Abg. **Frank Schwabe** (SPD): Vielen Dank, Frau Vorsitzende. Eine spannende Anhörung, bei der immer wieder deutlich wird, was für unterschiedliche Weltanschauungen und Weltbilder wir vertreten; was auch nicht schlimm ist, denn das macht uns ja aus als pluralistische Demokratie. Ich bin aber auch immer wieder erstaunt, dass die Kritik an schlimmsten Menschenrechtsverletzungen in bestimmten Ländern von manchen als Versuche der Herbeiführung von Regime Change gewertet werden, und von manchen die Einflussnahme Chinas besonders thematisiert wird, nicht aber die von Russland und so weiter. Jeder von uns hat eine bestimmte Sichtweise, und ich glaube, es ist manchmal schwierig, sich wirklich nur auf Menschenrechtsverletzungen zu konzentrieren. Aber ich würde wirklich darum bitten, dass wir uns immer wieder daran erinnern, dass wir uns genau darauf zu konzentrieren haben, und zwar unabhängig von Weltanschauungen, weil darin unsere Kraft liegt und wir dann die größten Möglichkeiten haben. Ich habe nur eine kurze Frage an Herrn Isa: Sie haben vorhin davon gesprochen, dass die Uiguren nicht nur in China Repressalien ausgesetzt sind, sondern dass der Arm Chinas auch in andere Länder und bis nach Deutschland reicht. Könnten Sie einmal beschreiben, auf welche Weise dies geschieht bzw. wo diese Menschen solchen Repressalien durch den chinesischen Staat – eben auch hier oder in anderen Ländern – ausgesetzt sind?

Die **Vorsitzende**: Herr Isa, Sie haben vier Minuten für Ihre Antwort.

SV **Dolkun Isa** (Präsident des Weltkongresses der Uiguren): Ich danke Ihnen. Wie ich schon sagte, verfügt die chinesische Regierung tatsächlich über einen langen Arm. Es gab mehrere Fälle, in denen sie die in Deutschland und Europa lebende Gemeinschaft der Uiguren drangsalierte. Hin und wieder werden Uiguren vom Sicherheitsdienst der chinesischen Regierung und der Polizei angerufen und bedrängt, indem man ihnen droht: „Denken Sie an Ihren Bruder und an Ihre Schwester, beteiligen Sie sich besser nicht an Demonstrationen und treten Sie keiner Organisation bei. Wollen Sie dies tun, dann vergessen Sie Ihre Eltern nicht, Ihre Schwester

oder sonstige Verwandte.“ Die Familienmitglieder werden somit zu Geiseln. Und zweitens setzt die chinesische Regierung einige Uiguren unter Druck, damit sie als Spione für die Regierung arbeiten. So war es 2009 und 2010, als die deutsche Kriminalpolizei von Uiguren bewohnte Wohnungen durchsuchte. Bei drei von ihnen kam es zu einer Gerichtsverhandlung, und sie erhielten eine Strafe. Die chinesische Regierung hat ihre Aktivitäten fortgesetzt. Einigen Uiguren machte sie Angebote: „Wenn Sie mit uns kooperieren, wird es für Sie einfach sein, ein Visum zu bekommen, und Sie können Ihre Familienmitglieder besuchen. Arbeiten Sie nicht mit uns zusammen, dann werden Ihre Familienmitglieder ... Denken Sie darüber nach.“ Hin und wieder macht die chinesische Regierung so etwas. Im vergangenen Jahr 2018 wurde einer der uigurischen Flüchtlinge namens Nijat aufgrund eines administrativen Fehlers der deutschen Regierung gewaltsam nach China deportiert. Seitdem haben wir nichts mehr von ihm gehört. Tatsächlich ist er ein politisch verfolgter Asylbewerber und hätte am nächsten Morgen einen Anhörungstermin gehabt. Aber die deutsche Polizei hat ihn gewaltsam in ein Flugzeug gesetzt, das ihn nach China deportierte. Seitdem haben wir in dieser Angelegenheit keine Neuigkeiten. Doch gibt es zumindest in dem Sinne gute Nachrichten, dass die Bundesregierung nach diesem Vorkommnis eine Entscheidung getroffen hat, nach der so etwas nie wieder vorkommen soll. Wiederholt hat die chinesische Regierung die Anschuldigung erhoben, dass es sich beim World Uyghur Congress ebenso wie bei anderen Organisationen der Uiguren um terroristische Vereinigungen handele, und hat versucht, unsere Aktivitäten zu blockieren. Außerdem hat die chinesische Regierung von Organisationen tibetischer und uigurischer Aktivisten verlangt, dass sie sich nicht an internationalen Plattformen beteiligen, insbesondere nicht an den Sitzungen des VN-Menschenrechtsrates oder anderen Treffen. Außerdem drängt die chinesische Regierung das Europäische Parlament und die Europäische Union dazu, uigurische Aktivisten zu behindern – das ist die Lage. Ein weiterer Problemkreis betrifft die heute in Deutschland lebenden Uiguren. Einige von ihnen sind bereits deutsche Staatsbürger mit einer Daueraufenthaltserlaubnis.



Sie haben meist den Kontakt zu ihren Familienmitgliedern in China verloren. Seit mehr als zwei Jahren haben die meisten der in Deutschland lebenden Uiguren keinen Zugang mehr zu ihren Familienangehörigen. Wir wissen also nicht, ob ihre Familienangehörigen noch am Leben oder tot sind bzw. unter welchen Bedingungen sie leben. Ich persönlich habe, nachdem meine Mutter gestorben ist, mehrmals mit dem deutschen Außenministerium gesprochen und gefragt, ob man nicht Informationen zur Situation meiner Familie beschaffen kann, wenn man sie schon nicht retten kann. Mein Vater ist fast 90 Jahre alt, ob er noch lebt oder nicht, weiß ich nicht. Ich habe die Bundesregierung gebeten, dies in Erfahrung zu bringen, habe aber keine Informationen erhalten. Dies ist für alle in Deutschland lebenden Uiguren eine typische Situation. Ich danke Ihnen.

Die **Vorsitzende**: Vielen Dank. DIE LINKE. und die FDP haben keine weiteren Fragen, dann würde Frau Bause verbleiben, vier Minuten für die Antwort stehen noch zur Verfügung, zwei Minuten haben Sie für die Fragen.

Abg. **Magarete Bause** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Mich würde Folgendes interessieren: Wir haben jetzt über die Unterdrückung von Religionsgemeinschaften gesprochen. Meine Frage geht an Herrn Delius: Gibt es sozusagen noch einmal Unterschiede im Verfolgungsdruck? Es gibt ja eine massive Überwachung in den Internierungslagern in Xinjiang mit seinen 1,5 Mio. oder mehr Gefangenen. Wir haben von Tibet gehört, wir haben von der Unterdrückung der Ausübung der christlichen Religion gehört. Daher meine Frage: Gibt es unterschiedliche Formen der Unterdrückung, und zwar abhängig von der jeweiligen Religionsgemeinschaft, oder ist es in allen Fällen das gleiche? Und gibt es zwischen den verschiedenen muslimischen Bevölkerungsgruppen noch einmal Unterschiede – ich denke etwa an die Gruppe der Hui, über die eigentlich niemand spricht? Wird die in gleicher Weise wie die Uiguren unterdrückt, und welche Rolle spielt hier die geostrategische Lage von Turkestan im Hinblick auf Xinjiang? Oder bilden die Separatismus-Bestrebungen den eigentlichen Grund? Ich wäre Ihnen dankbar, wenn Sie noch

einmal einen etwas differenzierten Blick auf die Situation der unterschiedlichen religiösen Gruppen werfen könnten.

Die **Vorsitzende**: Herr Delius, Sie haben das Wort.

SV **Ulrich Delius** (Direktor der Gesellschaft für bedrohte Völker e.V.): Natürlich ist der Verfolgungsdruck sehr unterschiedlich. Allein wenn man sich die muslimischen Gruppen anschaut, stellt man große Unterschiede fest. Bei den Hui, die eher im nördlichen Zentrum des Landes leben, gibt es momentan starke Spannungen. Es kommt auch immer wieder zu Verhaftungen einzelner Hui, die in der Öffentlichkeit deutlich für ihre Rechte eingetreten sind, aber es gibt hier nicht diese generelle Verfolgung, wie wir sie in Xinjiang gegenüber den muslimischen Nationalitäten erleben. Auch bei den muslimischen Nationalitäten in Xinjiang gibt es enorme Unterschiede. Wir erleben die Verfolgung von Uiguren jetzt seit gut dreißig Jahren, und es gibt auch eine Verfolgung von Kasachen oder von Kirgisen. Diese Verfolgung hat uns am Anfang jedoch vollkommen irritiert, weil sie gar nicht in das Argumentationsschema der chinesischen Behörden hineinpasst, wonach es hier um Anti-Terror Maßnahmen geht, weil von den Kirgisen oder den Kasachen in Xinjiang niemals in irgendeiner Weise politisch motivierte Gewalt angewendet worden ist. Also hier stimmt die Begründung einfach nicht. Für uns war daher entscheidend zu sehen, dass jetzt plötzlich alle gleich behandelt werden und auch alle Gruppierungen mit massivsten Menschenrechtsverletzungen konfrontiert sind. Aus unserer Sicht handelt es sich hier um Verbrechen gegen die Menschlichkeit. Wenn wir uns hingegen andere Gruppen anschauen, zum Beispiel die Tibeter, dann stellen wir eine schleichende Entwicklung über die ganzen letzten Jahrzehnte hinweg fest. Wir sehen hier ein enormes Ausmaß an Gleichschaltung von tibetischen religiösen buddhistischen Institutionen, angefangen vom einzelnen Kloster bis hinauf in die Hierarchie. Auch im Alltagsleben herrscht totale Überwachung, aber das ist ein System, das über mehrere Jahrzehnte hinweg entwickelt wurde, das aber nicht so schnell und nicht so massiv etabliert wurde, wie wir es jetzt



gerade bei den muslimischen Nationalitäten in Xinjiang erleben. Wenn wir uns nun die Christen anschauen, dann kann man auch nicht pauschal sagen, dass deren Situation in allen Regionen der Volksrepublik identisch wäre, sondern deren Lage ist ganz unterschiedlich je nach Region. Häufig entscheiden einzelne Parteifunktionäre in einer der Provinzen, systematisch gegen jede Form von religiösen Symbolen im öffentlichen Leben vorzugehen. Da werden dann von Moscheen die Inschriften entfernt oder von Kirchen die Kreuze heruntergenommen. Zum Teil werden die Kirchen auch zerstört. Die Lage ist also ganz unterschiedlich, abhängig von der Willkür der lokalen Behörden. Nach meinem Eindruck sind sich aber alle Behördenvertreter sicher, im Sinne der Partei zu handeln. Denn sie haben keineswegs die Befürchtung, Nachteile zu erleiden, wenn sie rigoros gegen religiöse Minderheiten vorgehen, sondern sie erwarten im Gegenteil eher Vorteile für sich. Man kann nur nicht davon sprechen, dass die Verfolgung landesweit und überall im gleichen Ausmaß betrieben wird. Wir sehen nur mit großer Sorge, dass an den Orten, wo die religiösen Minderheiten am stärksten vertreten sind, auch die stärkste Repression ausgeübt wird. Und sicherlich ist es wichtig, wenn wir jetzt über Xinjiang reden, sich klar zu machen, dass hier auch strategische und wirtschaftliche Überlegungen eine Rolle spielen. Da geht es unter anderem um das Verhältnis zu den Nachbarländern, denn Xinjiang ist auch ein Transitweg für Pipelines für Öl und Erdgas. Hier spielt also nicht unbedingt die Problematik des Separatismus die zentrale Rolle, sondern man steht einfach den Religionen von Bevölkerungsgruppen, die in der Peripherie leben, mit großem Misstrauen gegenüber.

Die **Vorsitzende**: Vielen Dank Herr Delius. Wir haben jetzt noch ein paar Minuten übrig, und ich habe noch eine Frage des Kollegen Brand.

Abg. **Michael Brand** (Fulda) (CDU/CSU): Das passt wunderbar, Herr Delius. Ich wollte auch noch einmal auf die Minderheit der Christen zu sprechen kommen. Vielleicht könnten Sie uns einen Eindruck davon vermitteln – Sie haben schon ein paar Dinge benannt –, welcher Art die Repressionen sind und über welche

Größenordnungen wir eigentlich sprechen. Denn wir haben manchmal in Deutschland die Vorstellung, dass es sich bei den Christen in China nur um eine kleine Minderheit handelt. Aber angesichts der Größe des Landes ist klar, dass wir hier über Dutzende von Millionen Menschen sprechen, die alle betroffen sind.

Die **Vorsitzende**: Herr Delius.

SV **Ulrich Delius** (Direktor der Gesellschaft für bedrohte Völker e.V.): Wie hoch die Zahl der Christen ist, die davon betroffen sind, ist sicherlich umstritten. Es gibt ganz unterschiedliche Angaben. Einig sind sich alle Beobachter darin, dass die Zahl stetig zunimmt. Man geht heute davon aus, dass es rund 82 Millionen sind. Nachdem vor zwei oder drei Jahren Schätzungen veröffentlicht worden waren, denen zufolge sich diese Zahl in den nächsten Jahren sprunghaft nach oben entwickeln könnte, beobachteten wir auch eine starke Zunahme der Verfolgung. Dass es da einen Zusammenhang gibt, ist eigentlich offensichtlich. Denn den Schätzungen zufolge werden sich in einigen Jahren bis zu 300 Millionen Menschen dem Christentum zugewendet haben. Das ist natürlich auch für die christlichen Kirchen ein wichtiger Aspekt, den sie immer im Blick haben. Die Art der Verfolgung ist sehr unterschiedlich. Wir beobachten sowohl gegenüber den offiziell registrierten christlichen Kirchen als auch gegenüber den nicht registrierten Kirchen, den sogenannten Hauskirchen, oder auch gegenüber der katholischen Kirche im Untergrund eine starke Verfolgung. Man möchte verhindern, dass das christliche Leben in irgendeiner Weise nach außen erkennbar wird. Das heißt, die Kreuze werden von den Kirchen abgenommen, auch wenn sie zehn oder zwanzig Meter hoch sind. Da kommt dann eben der Kranwagen und holt sie herunter. Das trifft auf den Widerstand der betroffenen Gemeindemitglieder, die oft Menschenketten um diese Kirche bilden und versuchen, die Zerstörung zu verhindern. Aber Gegenwehr ist sehr schwierig, weil dann der Staat seine Allmacht in Form von massiver Polizeipräsenz geltend macht und sein Ziel letztlich nach mehreren Tagen auch gegen Widerstand durchsetzt. Ferner kommt es ständig



zu Störungen von Gottesdiensten oder zu Verhaftungen von Priestern und Gläubigen. Es gehört mit zu dieser Einschüchterungstaktik, die Betroffenen teils nur für wenige Stunden in Haft zu nehmen und ihnen deutlich zu machen, dass man beobachtet, was sie tun und ihnen quasi androht: „Wir verfolgen weiter, was Du tust, und wenn Du Dich weiterhin in der Gemeinde engagierst, dann werden wir Dich nicht aus den Augen verlieren und auch wieder zum Verhör vorladen.“ Das ist die Taktik, die man stetig betreibt, die allerdings nicht so erfolgreich ist, wie man denken mag, da viele Menschen, die ihren Glauben haben, mit einer inneren Kraft ausgestattet sind und sich nicht so schnell einschüchtern lassen, sondern von diesem Glauben getragen werden. Dabei ist es ganz gleich, ob es sich um Christen, Mitglieder der Falun Gong-Bewegung oder um Muslime handelt. Jedenfalls sind Repressionen für all diese Menschen kein Grund, sich von ihrem Glauben abzuwenden, sondern sie motivieren sie im Gegenteil dazu, noch stärker ihren Glauben zu praktizieren. Und das ist ein Effekt, der so – glaube ich – von denjenigen, die die Kampagnen zur Zerstörung religiöser Minderheiten betrieben haben, nicht berücksichtigt worden ist.

Die **Vorsitzende**: Herr Brand hat noch eine Nachfrage ...

Abg. **Michael Brand** (Fulda) (CDU/CSU): ... und zwar an Herrn Michalski zum Umgang des Menschenrechtsrats mit China. Wir haben erlebt, dass die Lobbyarbeit der chinesischen Regierung teilweise sehr erfolgreich ist. Das kann man auch an den Statements ablesen. Sie haben gerade schon auf die Bundesregierung hingewiesen, die noch zu den lauterer Stimmen gehört, die gleichzeitig aber auch hinterfragt, was ein Menschenrechtsdialog eigentlich für einen Sinn hat, wenn er keine Konsequenz nach sich zieht. Wir haben ja beim letzten Durchlauf des UPR-Verfahrens zu China erlebt, dass sogar einige europäische Staaten nicht mehr bereit sind, eine deutliche Positionierung vorzunehmen, also die Wahrheit auszusprechen. Was würden Sie empfehlen – Sie repräsentieren ja eine erfahrene NGO –, wie man damit umgehen sollte. Denn in dem Ringen um Resolutionen, um Worte oder um

Verbündete ist bereits erkennbar, dass die Kräfte im Menschenrechtsrat insgesamt, aber auch in der Europäischen Union möglicherweise dabei sind, auseinanderzudriften.

Die **Vorsitzende**: Herr Michalski.

SV **Wenzel Michalski** (Direktor Human Rights Watch Deutschland e.V.): Ja, Danke. Also darin spiegelt sich natürlich das, was sie angedeutet haben, nämlich das Auseinanderdriften der Europäischen Union per se schon wider. Das ist nicht nur beim Thema China so, sondern auch bei anderen Themen. Aber im Falle Chinas ist es eben besonders augenfällig wegen der One Belt-One Road-Initiative, von der sich einige Staaten ökonomische Vorteile versprechen. So hat zum Beispiel Griechenland den Hafen von Piräus an die Chinesen verkauft. Ferner gibt es eine Eisenbahn von Piräus nach Budapest, die später bis ins Baltikum führen soll. Und die Italiener haben gerade zum Ausdruck gebracht, dass sie sich von menschenrechtspolitischen und anderen Bedenken gegen die One Belt-One Road-Initiative überhaupt nicht mehr beeindrucken lassen. Das alles sind negative Trends, denen man entgegenwirken muss. Ich denke, wir müssen Koalitionen aus Staaten innerhalb der EU bilden, und da muss dann vor allem Deutschland als einziges Land, das die Probleme noch laut und deutlich anspricht, mit den Ländern, die bereit sind mitzugehen, eine Koalition mit anderen Ländern bilden, auch wenn es oft die kleinen Länder sind. Denn manchmal sind die kleinen eben diejenigen, die sich das noch eher als die größeren leisten können – anders als beispielsweise Großbritannien, wo man meint, das Land ginge sozusagen vor die Hunde, wenn es keine rein wirtschaftsorientierte Außenpolitik betreiben würde, zumal nach dem Austritt aus der EU. Die Staaten müssen sich untereinander absprechen, um eine Koalition gegen die Staaten zu bilden, die abgesprungen sind, seien es die USA, die Italiener oder die Ungarn. Denn das wird natürlich immer weiter um sich greifen.

Die **Vorsitzende**: Herzlichen Dank, Herr Michalski. Wir haben eine letzte Nachfrage von Herrn Gehring. Danach würde ich die Anhörung



beenden.

Abg. **Kai Gehring** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Vielen Dank. Ich habe noch eine Nachfrage an Herrn Prof. Pieke: Inwieweit gibt es gesicherte Erkenntnisse darüber, dass in Lagern in Xinjiang Zwangsarbeit geleistet wird und dass Zwangsarbeit und Internierung in direktem Zusammenhang mit der Politik zum Aufbau der Seidenstraße stehen?

SV **Prof. Dr. Frank N. Pieke** (Mercator Institute for China Studies): Dies ist eine Frage, die ich nicht beantworten kann. Zu dieser Frage liegen mir keine relevanten Informationen vor. Allerdings ist der Einsatz von Zwangsarbeit in Arbeitslagern – wie sie genannt werden – in Xinjiang und anderen Provinzen Chinas eine seit langem gängige Praxis, und zwar eine rechtmäßige Praxis, sie war und ist immer noch nicht illegal. Zu der Frage, ob dies auch für die neuen Internierungslager gilt, liegen mir keine spezifischen Informationen vor.

Die **Vorsitzende**: Vielen Dank. An dieser Stelle haben wir keine weitere Zeit mehr für Fragen, da dieser Raum hier gleich für die nächste Veranstaltung hergerichtet werden muss. Ich

möchte mich ganz herzlich im Namen des ganzen Ausschusses bei Ihnen allen für Ihre sachkundigen Statements, Ihre Recherchen und die Vor- und Nachbereitung bedanken. Ich glaube, diese Anhörung wird unter anderem dazu beitragen, deutlich zu machen, dass wir als Ausschuss im Deutschen Bundestag in einem demokratischen, freiheitlichen Land unterschiedliche Meinungen diskutieren, und zwar unabhängig von Weltanschauung oder Glaubensrichtung, und dass wir uns von niemanden vorschreiben lassen, was wir in unserem eigenen Parlament mit wem auch immer besprechen. Vielleicht ist es auch gut, dass die Kollegen aus der chinesischen Botschaft hier möglicherweise zugehört haben, weil dies ihnen zeigt, dass das Zusammenwirken von freier Meinungsäußerung, Demokratie und Menschenrechten ein Erfolgsmodell ist. Ich möchte mich an dieser Stelle auch ganz herzlich bei den beiden Dolmetscherinnen bedanken. Das war hier heute sicherlich eine besondere Herausforderung. Vielen Dank für Ihre Hilfe, dass wir uns hier so gut verständigen konnten. Ich wünsche Ihnen allen einen schönen Abend und einen guten und sicheren Heimweg. Vielen Dank auch an das Sekretariat für die Vorbereitung, die uns wie immer einen reibungslosen Ablauf ermöglicht hat.



Schluss der Sitzung: 17:56 Uhr

Gyde Jensen, MdB
Vorsitzende